H 8040 F
Nummer 24
Aug. - Sept. 1993
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Offizin, Kornstraße 31
30167 Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Unter dem Druck von Fulda und einer aufmerksam gewordenen Weltöffentlichkeit hat nun unter lautem Getöse das Kabinett den Bundesinnenminister Kanther beauftragt, einen Verbotsantrag gegen die rechtsextremistische FAP zu erarbeiten, der dann beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden soll. Obwohl man/frau sich nun freuen könnte über eine nun in diesem Bereich überaus sensibilisierte Politik, denn der Verbotsantrag war schon lange überfällig, ist es doch verwunderlich, mit welcher Taktik dieses geschieht. Es entsteht der Eindruck, als ob es als Aufforderung an die Mitglieder dieser faschistischen Organisation gedacht war, nun langsam mal über neue Organisationsstrukturen nachzudenken und daran zu denken, daß auch Finanzen und sonstiger Besitz vor einem eventuell später gedachten Zugriff staatlicher Stellen zu schützen und mit einem anderen Deckmantel den gleichen faschistoiden Zwecken zuzuführen.

Auf seiner 14tägigen Rundreise, anfang September, durch Hessen läßt sich der hessische Ministerpräsident Eichel die Schlagkraft des Bundesgrenzschutzes in der Kaserne in Fulda zeigen. Der Neo-Naziaufmarsch in Fulda vom 14. 8. soll dabei nur, unter besonderer Wertschätzung der BGS-Vertreter über diese Zurückhaltung, im Rahmen eines Tischgespräches eine eher beiläufige Rolle gespielt haben. Kein Hinweis auf eine kritische Aufarbeitung der Ereignisse und des Versagens der Polizei, die es rechtsradikalen Kräften, deren Organisationen jetzt auch noch verboten werden sollen, erst ermöglicht haben, ihren Aufmarsch in Fulda durchzuführen. Wie ist es nun noch zu verstehen, daß die am 14. 8. in Fulda anwesenden Dokumentations-Trupps der Polizei von höherer Stelle angewiesen wurden, keine Aufnahmen über den Nazi-Aufmarsch zu fertigen, obwohl eine Beweisdokumentation wegen der an diesem Tag andauernden Straftaten durch Faschisten für eine spätere Strafverfolgung notwendig gewesen wäre, zumal an diesem Tag diese Straftaten durch die bereitstehende Polizei nicht verhindert wurden. Dieses Verhalten erfüllt den Straftatbestand der Strafvereitelung im Amt, denn mit diesem Unterlassen wird eine Strafverfolgung der Beteiligten an diesem Naziaufmarsch nicht mehr möglich sein. Es wird wieder deutlich, wie, wann und in welchen Zusammenhängen staatliches Gewaltpotential eingesetzt und effektiv entfaltet wird. Da kann dann auch ein hessischer Ministerpräsident bei einem Blick in Wasserwerfer und „Führungsmitteln" sinnieren: „Das Prinzip der Deeskalation bei Demonstrationen wollen wir nicht aufgeben. Aber bestimmte Sachen können wir nicht zulassen."!

Ankündigung

Im nächsten Heft wollen wir mit einer Diskussion über antifaschistische Strategien im Wahljahr 1994 beginnen. Wir bitten unsere LeserInnen um Beiträge bzw. Anregungen. Kontakt über die Redaktionsadresse.

Nachtrag:

Im Heft 23 des Rechten Randes haben wir bei zwei Fotos vergessen, den Fotografen anzugeben. Die Fotos auf S.3 und Seite 20 stammen von M. Kalz. Wir bitten um Entschuldigung.

Der nächste Rechte Rand erscheint am 5.11.1993. Redaktionsschluß für dieses Heft ist am 15.10 1993.

Leserbrief

Thomas Klaus stellt in seinem Artikel die Frage, ob sich die Zeitschrift „Mut" im Wandel befindet, d.h. von ihrer rechtsextremen Vergangenheit Abschied nimmt.

Nun hat sich das ehemals eindeutig rechtsextreme Blatt schon vor vielen Jahren zu einer Postille der Braunzone entwickelt. Es versucht, durch bekannte konservative Autoren (z.B. aus der CDU) ihren Leserkreis zu erweitern. Daß auch bekannte SPD-Mitglieder unter den Autoren sind, ist (leider) nichts ungewöhnliches. Bliebe also die entscheidende Frage, was sich inhaltlich an der Zeitschrift geändert hat, sodaß eine Neubewertung notwendig wird. Darüber sagt der Autor leider nichts.

Peinlich wird es, wenn er andere Redaktionsmitglieder von „Mut" als „untadelige Persönlichkeiten" bezeichnet:

Dr. Alfred Zänkers im Mut-Verlag erschienenes Buch „Epoche der Entscheidungen. Deutschland und die Welt von morgen" wird in den rechtsextremistischen Zeitschriften „Junge Freiheit" (2/93) und „Nation Europa" (NE-1/93) positiv rezensiert. Letztere würdigt ihn als jemanden, „der im Laufe eines langen Publizistenlebens immer wieder mit nonkonformen Ansichten wider den Stachel gelockt hat".

NE lobt auch Rudolf Wassermann, weil er „die Kollaboration unserer Intelligenzia und der Massenmedien mit den früheren Machthabern 'drüben'" in einem Leitartikel klarstellt (1/91). Seine Leserbriefe in der „Welt" sind so rassistisch, daß „Nation Europa" sie kommentarlos u.a. in der Rubrik „Neues von der Überfremdungsfront" nachdruckt (NE 12/93 u. 7-8/93). Kein Wunder also, wenn er im Januar 1993 bei einem Deutschland-Seminar der Braunschweiger Burschenschaften „Thuringia" und „Libertas" als Referent auftritt.

A. Zänker und R. Wassermann haben eine Brückenfunktion zwischen rechtsextremen und konservativen Kreisen. Sie erfüllen ihre Funktion in der Braunzonen-Postille „Mut" scheinbar zur vollen Zufriedenheit der Rechtsextremisten Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Christian Wintzek. Wie kann der Autor da von „untadeligen Persönlichkeiten" reden?

P. Klimann

Raimund Hethey

Am Fuße der katholischen Kirche: Die FAP wieder auf dem Vormarsch?

Der aus Sicht der (Neo)-Faschisten erfolgreich verlaufene „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" in Fulda, läßt verschiedene Rückschlüsse zu.

Wohin reiste die Antifa?

Aus der Position der AntifaschistInnen muß gesagt werden, daß sämtliche Aktionen, das Faschisten-Treffen zu verhindern gescheitert sind. Einmal war die Mobilisierung nicht so erfolgreich, was die geringe Teilnahme an Parallelveranstaltungen z.B. in Weimar zeigt. Zum anderen hat der Staatsapparat die FaschistInnen über Gebühr unterstützt, worauf die AntifaschistInnen nicht angemessen reagieren konnten.

Die FAP schlägt die Nationale Liste.

In den Reihen der FaschistInnen hat die militante mehr an Hitler als an Hess oder Röhm/ Strasser orientierte FAP obsiegt. Die Veranstaltung in Fulda ist eine Niederlage für die Organisationsstrukturen um Christian Worch. Worch und Steiner kamen erst zum Marsch als die FAP mit Friedhelm Busse, Norbert Weidner und Thorsten Heise an der Spitze längst formiert und losgegangen war. Obwohl der HESS-Marsch von Michael Kühnen gepusht wurde, hat dieses Jahr sein erklärter Gegner Busse die Oberhand behalten. Das verstärkte Engagement der NPD und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), sowie der Auftritt des JN-Landesvorsitzenden aus Niedersachsen **Holger Apfel** zeigt, daß sich die traditionellen Organisationen mit ihren erprobten Strukturen weiterhin behaupten können. Mit wachsender



Beim Heß-Gedenkmarsch wird der große Schulterschluß geübt. Einträchtig marschiert die FAP mit der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten"

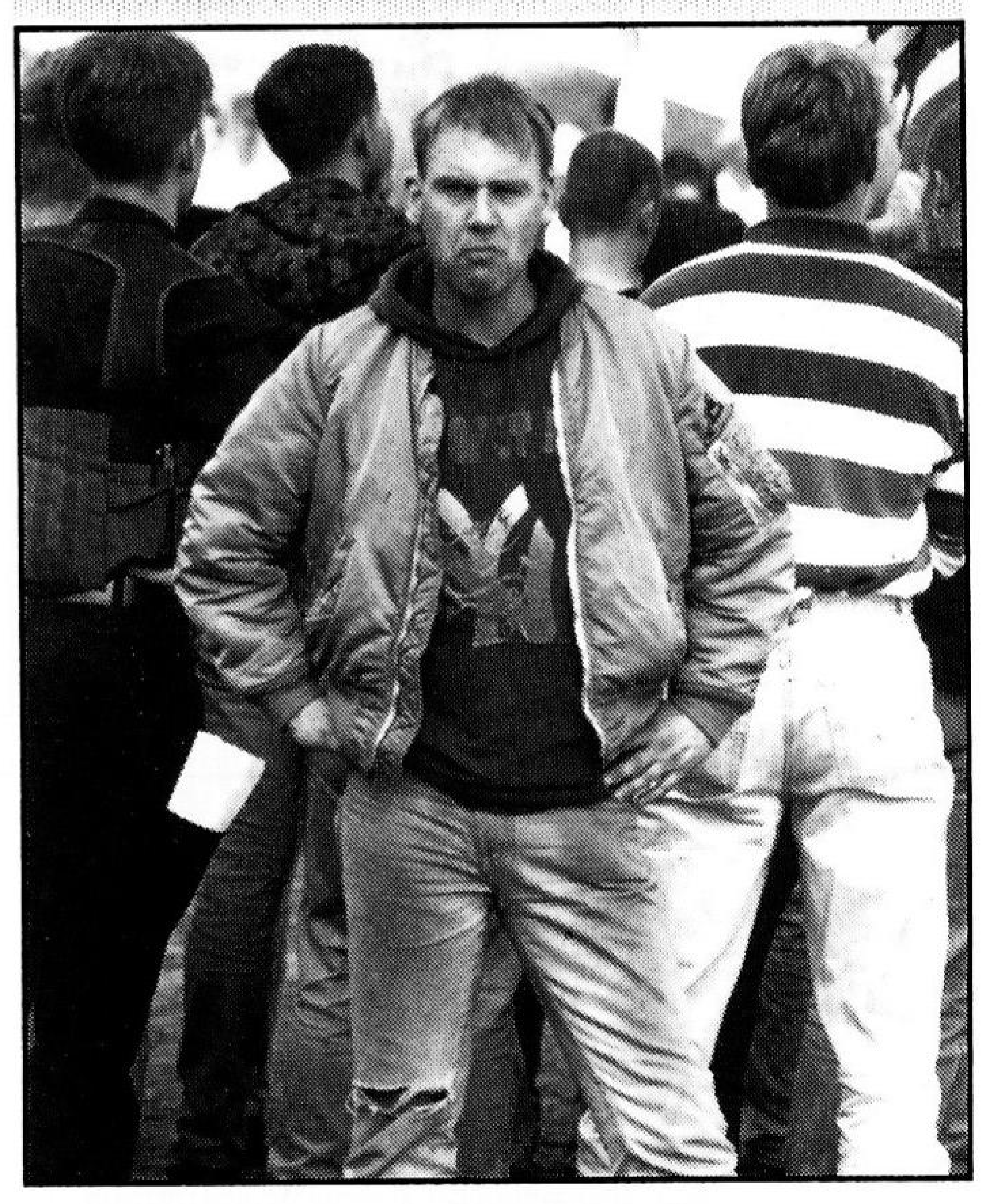
Bedeutung der **Anti-Antifa-Arbeit** könnten sie ihre Positionen eher ausbauen. Die Süd-Truppe um Ewald Bela Althans, der zusammen mit Worch das Veranstaltungskomitee bildete, war gar nicht erschienen. Dort haben die Informationskampagnen in Form von Rundschreiben an Busunternehmen, die es auch in Norddeutschland gab, Erfolg gehabt.

Die Polizei ein Freund und Helfer.

Der gelungene „Marsch" war ein Geschenk der hessischen Polizei. Es ist nicht zynisch zu behaupten, daß die konservativ-reaktionären Landesregierungen in Bayern, Thüringen etc. ihr ausgesprochenes Verbot solcher Märsche praktisch durchgesetzt haben. In rot-grünen Ländern konnten die Faschisten machen, was sie wollten. Es hat keinen Stop der Busse in Niedersachsen oder Hessen gegeben, obwohl es dazu zahlreich Gelegenheit gab. Selbst eklatante Gesetzesverstöße, wie das Zeigen des Hitler-Grußes durch Thorsten Heise z.B. oder das Behindern der Presse-Arbeit durch körperliche Nötigung, Schubsen, Abdrängen und Diebstahl von Presseausweisen wurden nicht geahndet. Ein Polizeibeamter Keindel wies immer wieder daraufhin, daß die Anzahl der anwesenden Polizeikräfte zu gering sei. Hier muß der öffentliche Druck auf die Verantwortlichen deutlich gesteigert werden.

Die Redner

Die Redebeiträge wurden über ein Megaphon gehalten von Christian Worch (Wunsiedel-Komitee, Nationale Liste Hamburg), Michael Petri (Deutsche Nationalisten), John Peacock (Chef der britischen „British National Party"), Claude Cornilleau (Vorsitzender der französichen „Parti Nationalist Francais et Europeen"), Wolfgang Juchem („Aktion freies Deutschland", „Deutsche Liga"), Holger Apfel (Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" Niedersachsen), Friedhelm Busse (Bundesvorsitzender der „Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei") und ein Vertreter der dänischen DNSB.



Aus den Niederlanden angereist:Eite Homann schmückt sich mit Punk-T-Shirt: "Sick of then all"

Anti-Antifa

Von einer „Anti-Antifa Niedersachen" wurde ein Steckbrief (mit Foto und Adresse) über einen Redakteur des „Der Rechten Randes" verbreitet worden: „Sicherlich wird dieses Subjekt auch dieses Jahr unter uns sein und versuchen, seine Informationen zu erweitern. Geben wir ihm nicht die Möglichkeit dazu!" Auch als einem anderen Journalisten von den Nazi-Aktivisten Bernd Stehmann und Oliver Schweigert der Presseausweis abgenommen wurde, schritten Polizeibeamte nicht ein. Den Journalisten wurde geantwortet, daß sie doch den Platz verlassen sollten, bzw. daß zuwenig Polizeikräfte anwesend seien, um den Presseausweis zurück zu fordern.



Ganz in Schwarz: Schwedische Faschisten marschieren mit Wolfsangel-Fahnen. Auf den Hemden tragen sie Sticker mit der Aufschrift "Blood and honour"

Kam mit der hannoverschen Gruppe, der ehemalige Bereichsleiter Nord der "Nationalistischen Front" Steffen Hupka (links). Mittlerweile ist Hupka Funktionär der "sozialrevolutuionären Arbeiterfront". Rechts im Bild Norbert Weidner

Führen den Nazi-Umzug an: Michael Petri, Chef der neugegründeten "Deutsche Nationalisten", der Sprecher des Wunsiedel-Komitees Christian Worch. Rechts der FAP- Vorsitzende Friedhelm Busse.

Gut getarnt- die Gruppe fotografierte nicht nur die Nazis. Das große "A" auf dem T-Shirt sollte offenbar AntifaschistInnen taüschen. Als ein paar "Kameraden" den jungen Mann angreifen wollten, wurden sie von Ordnern zurückgehalten: "Die gehören zu uns!"

Wunsiedel am 14. August 1993:

Nichts stört die Idylle dieser kleinen Fichtelgebirgsstadt, in der seit 6 Jahren der Kriegsverbrecher und ehemalige Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begraben liegt. Zwar sind sämtliche Zufahrtsstraßen durch massives Polizeiaufgebot bewacht, Feld- und Waldwege mit Containern versperrt und auch in der Stadt wimmelt es von Polizisten, jedoch scheint dies die Wunsiedler Bevölkerung in keiner Weise zu stören. Im Gegenteil, fast könnte man meinen, die Wunsiedler sind glücklich über diese übermächtige staatliche Fürsorge. Können sie dadurch doch sicher sein, daß kein Faschist, und - was noch wichtiger ist- keine linken Chaoten ihr sauberes Städtchen betreten können.

Noch sind die Bilder von 1989 und 1990 nicht vergessen, die die Presse von den Antifa-Demos gezeichnet hatte. Mit schon fast „wohligem Schauer" erzählt man sich noch heute: zig-tausende Vermummte aus der Hafenstraße und aus Kreuzberg zogen durch die Stadt, Zäune wurden eingerissen, Schaufensterscheiben eingeschlagen, Autos brannten und fast jedem 2. Wunsiedler flog ein Pflasterstein knapp einen Millimeter am Kopf vorbei.

Aber die Wunsiedler habens geschafft und endlich ihre Ruhe vor diesen alljährlichen Ausschreitungen. Daß die Nazi-Aufmärsche dafür inzwischen in Bayreuth, Rudolstadt und dieses Jahr in Fulda waren, interessiert nicht - damit hat man nix zu tun.

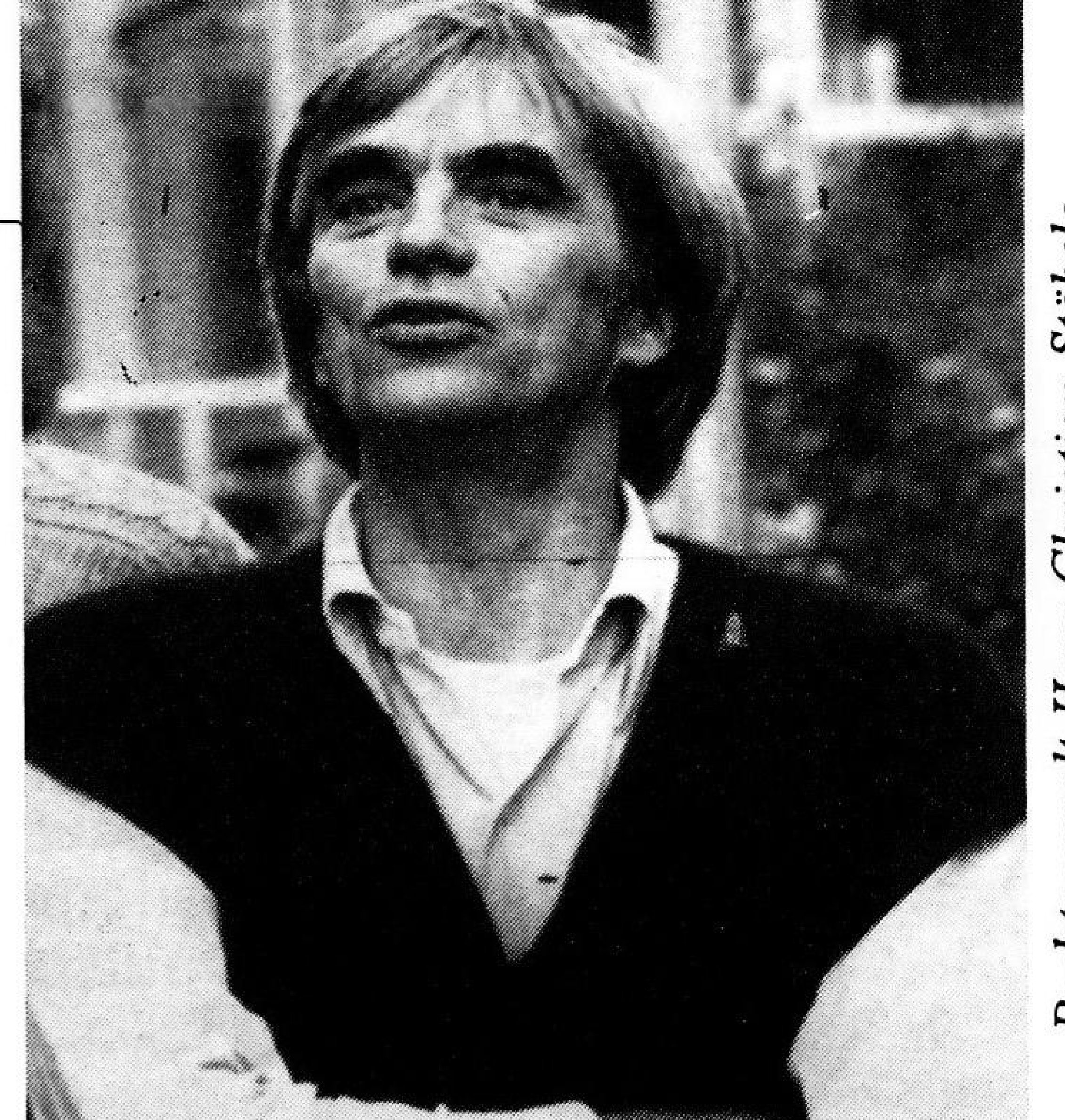
Welchen Preis diese vermeintliche Ruhe kostet, darüber macht sich kaum jemand Gedanken. Seit drei Jahren verordnet Landrat Dr. P. Seißer (SPD) kurzerhand ein „allgemeines Versammlungsverbot" und setzt damit das Demonstrationsrecht außer Kraft. Daß mit dieser Methode auch Antifa-Demos verhindert werden können, hat sich in diesem Jahr in Kulmbach gezeigt - der dortige Landrat ist dem bewährten Beispiel seines Wunsiedler Kollegen gefolgt und wurde ebenfalls vom Verwaltungsgericht bestätigt. Pech für Fulda, daß sie nicht früh genug reagiert haben, aber nächstes Jahr werden sie sicher ebenfalls zu dieser Maßnahme greifen.

Man kann sich jetzt schon vorstellen, wie sich das weiterentwickelt: Wenn den Nazi-Aufmärschen nicht endlich ein Verbot aus verfassungsrechtlichen Gründen erteilt wird, werden wir bald soweit sein, daß es bundesweite allgemeine Versammlungsverbote gibt - und das nicht nur im August.

Und die politisch Verantwortlichen in Wunsiedel können sich auf die Schulter klopfen - sie habens geschafft, daß demokratische Grundrechte „nach Belieben" außer Kraft gesetzt werden können.

Das Interview

Gespräch mit dem Berliner Rechtsanwalt Hans-Christian Stroebele, der im Prozeß gegen die mutmaßlichen Attentäter von Mölln die Nebenklage vertritt.



Rechtsanwalt Hans-Christian Stöbele

***RR:** Welche Zielsetzung verfolgen Sie mit ihrem Engagement für die Nebenkläger?*

Stroebele: Ich versuche nachzuweisen, daß die polizeilichen Versäumnisse möglicherweise ursächlich dafür waren, daß es zu diesen verbrecherischen Anschlägen hat kommen können. Ich habe deshalb einen Beweisantrag gestellt, der sich auf einen versuchten Brandanschlag in Mecklenburg rund zwei Monate vor dem Möllner Anschlag bezieht. Beide Angeklagten waren nach eigenem Bekunden damals beteiligt. Die Polizei, die vorher gewarnt worden war, war mit großer Mannschaftsstärke vor Ort. Sie hat aber nicht einmal die Personalien der anrückenden Brandstifter - auch die nicht der beiden Angeklagten - festgestellt, geschweige denn Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wenn dies geschehen wäre, wäre es möglicherweise nicht zu den tödlichen Bränden in Mölln gekommen.

***RR:** Wann wird das Gericht über Ihren Antrag entscheiden?*

Stroebele: Ich denke, das wird in den nächsten Wochen geschehen. Bisher ist das Gericht dazu noch nicht gekommen. Außerdem werde ich einen weiteren Antrag stellen mit dem Ziel, aufzuklären und in den Prozeß einzuführen, inwieweit das politische Klima während des Jahres 1992 mit dazu beigetragen hat, daß solche Anschläge wie in Mölln möglich geworden sind. Denn es ist auffällig daß sowohl die Angeklagten als auch andere Skinheads erklärt haben, früher seien sie viel stärker drauf gewesen auf ihrer rechten Gesinnung - aber da kam es nicht zu Anschlägen. Es gilt der These nachzugehen, daß die zahlreichen Anschläge der Jahre 91/92 durch Äußerungen von Politikern und durch die Politik in Bonn zu der Ausländer- und Asylfrage mit dazu beigetragen haben, daß es dann zu solchen Anschlägen gekommen ist. Ich erinnere speziell an die CDU-Kampagne, die ganz bewußt das Asylthema in das Zentrum ihrer Wahlkämpfe gestellt hat.

***RR:** Michael Peters ist vor dem Möllner Anschlag mal vorübergehend festgenommen worden, auf richterlichen Beschluß aber wieder freigekommen. Daß hat Spekulationen genährt, der Verfassungsschutz habe möglicherweise über einen dritten Mann die örtliche Neonazi-Szene rund um Peters ausspähen wollen.*

Stroebele: Über den Verfassungsschutz haben wir im ganzen Verfahren bisher nichts festgestellt. Es gab allerdings aufgrund sich häufender Anschläge in der Gegend eine Sondergruppe der Polizei. Von den Beamten haben wir schon einige vernommen, die aber bei ihren Bemühungen bis unmittelbar vor dem Anschlag nicht weitergekommen sind.

***RR:** Gibt es auch in dem Prozeß Hinweise auf organisatorische Zusammenhänge zwischen den Angeklagten und dem rechtsradikalen Lager?*

Stroebele: Ja, auf jeden Fall. Michael Peters hat nicht nur Kontakt gehabt, sondern war rund zwei Jahre Mitglied der NPD, für die er auch Wahlkampf gemacht hat. Peters ist mit einem Lautsprecherwagen über die Dörfer gefahren und hat für die NPD Propaganda gemacht. Er war sogar vom schleswig-holsteinischen NPD-Vorsitzenden dazu ausersehen, Ortsvereinsvorsitzender zu werden.

***RR:** Es gibt Aufrufe in der rechten Szene, sich solidarisch mit den Angeklagten zu zeigen. Macht sich das im Prozeß bemerkbar?*

Stroebele: Direkt nicht, aber es tauchen immer wieder Schriftstücke in der Gefangenenkorrespondenz auf, die darauf hindeuten, daß nichts wahr ist an den Bekundungen der Angeklagten, sie hätten sich von nazistischen Ideen gelöst.

***RR:** Peters und Christiansen sind überzeugte Nazis?*

Stroebele: Es waren zumindest überzeugte Nazis, das ist meine Auffassung. Sie beziehen sich explizit auf rassistisches Gedankengut und auch auf die Nationalsozialisten und das , was die getan haben. So lag bei dem einen Angeklagten Hitlers „Mein Kampf" auf dem Tisch. Und sie haben Schriften verfaßt, in denen die Beziehung zu den nationalsozialistischen Verbrechen ganz offensichtlich ist. In einem Schriftstück ist beispielsweise sinngemäß von „den Gleisen" die Rede, „die nach Osten geneigt und für die Kanaken schon bereit" seien.

***RR:** Gedankenspielereien über ein neues Auschwitz?*

Stroebele: So klingt das mindestens an.

***RR:** Ein Verfahren gegen andere rechtsradikale Gewalttäter, die mit Peters und Christiansen in Kontakt standen, ist vom Möllner Prozeß getrennt worden. Macht das Sinn?*

Stroebele: Ich meine ja, denn sonst wäre das Verfahren nur unnötig aufgebläht worden.

***RR:** Überrascht hat, daß der sogenannte Staranwalt Bossi Lars Christiansen verteidigt. Ist der Angeklagte so vermögend, daß er sich einen so teuren Anwalt leisten kann?*

Stroebele: Das ist Christiansen sicher nicht. Alle rätseln, woher er das Geld bekommt. Denn Bossi hat ja selber erklärt, daß er pro Verhandlungstag 3.000,- DM bekommt. Er hat gesagt, er bekomme es vom Vater - man kann nur spekulieren, wo es möglicherweise wirklich herkommt.

***RR:** Gibt es einen Grund, warum Bossi sich so engagiert?*

Stroebele: Das müssen Sie ihn selber fragen.

***RR:** Wann ist nach Ihrer Meinung mit dem Ende des Prozesses zu rechnen?*

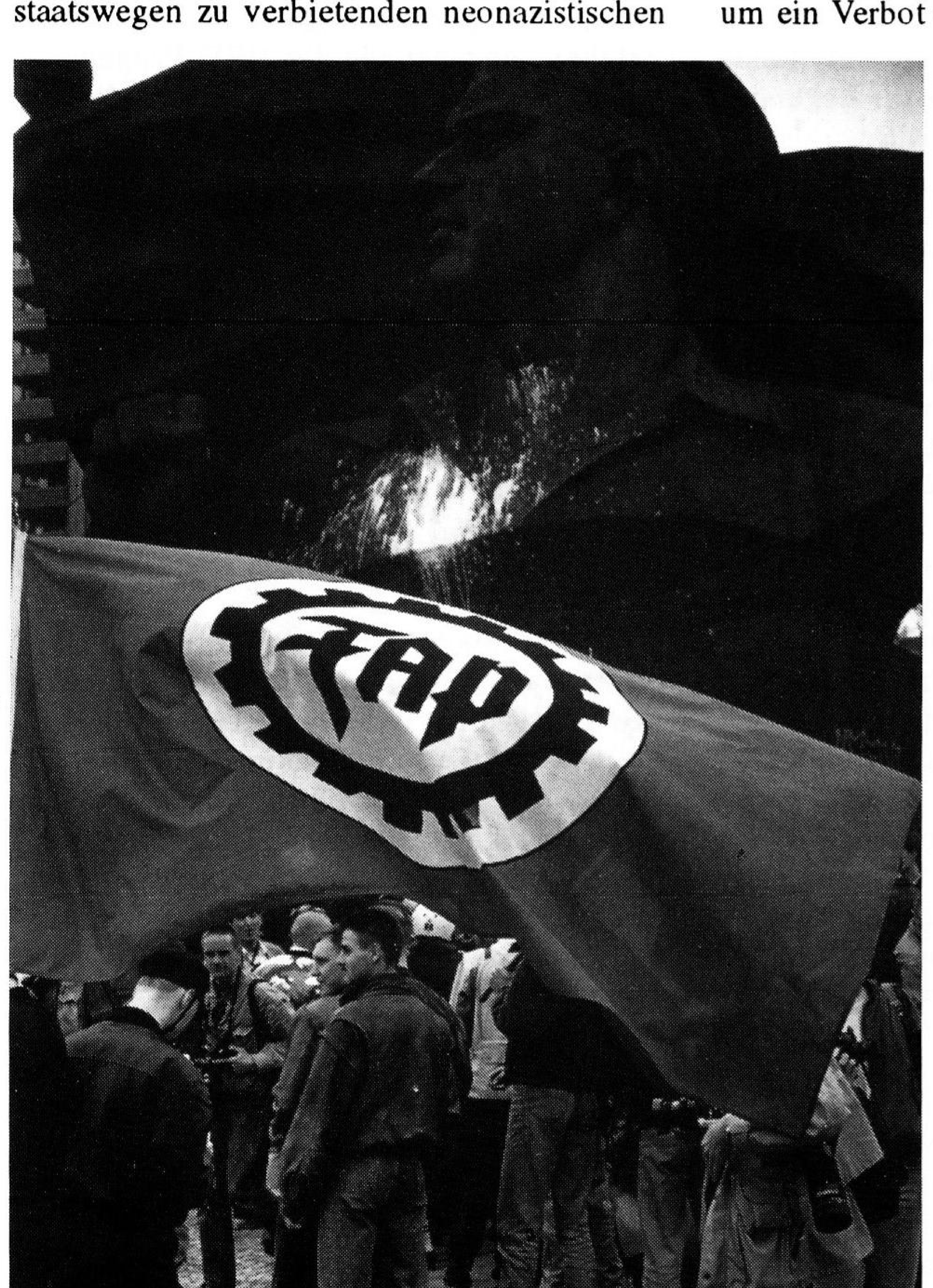
Stroebele: Ich hoffe, daß das Anfang Oktober der Fall sein wird. Über mögliche Ergebnisse möchte ich aber noch nichts sagen.

Peter Gröger

FAP, „Nationale Liste", usw. - Neonazis verbieten?

Schon bald nach dem mörderischen Brandanschlag von Solingen wurde wieder verstärkt der Ruf nach dem Verbot neofaschistischer Organisationen laut. Das Bundesinnenministerium reagierte auf die rassistische Terrorwelle von deutschen Neonazis - und dem damit verbundenen Verlust internationalen Ansehens der BRD - mit den Verboten von „Nationalistischer Front", „Deutscher Alternative" und „Nationaler Offensive". Auf Länderebene wurden in Niedersachsen der „Deutsche Kameradschaftsbund", in Baden-Württemberg die „Heimattreue Vereinigung Deutschlands" und in Bayern der „Nationale Block" verboten.

Nach dem gelungenen Aufmarsch von etwa 500 Neonazis in Fulda anläßlich des sechsten Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess stehen zwei weitere Organisationen ganz oben auf der Dringlichkeitsliste der von staatswegen zu verbietenden neonazistischen Gruppierungen: Die bundesweit agierende „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und die „Nationale Liste" (NL), die bislang nur in Hamburg zu Wahlen antrat.



Gewalt und NS- Bezug kennzeichnen die politische Praxis der FAP.

Die 1979 von dem ehemaligen NPD-Mitglied Martin Pape gegründete FAP wurde ab 1983, nach dem Verbot der ANS/NA, Michael Kühnens erster bundesweiter Sammlungsorganisation, innerhalb weniger Jahre zur bedeutendsten Neonazi-Organisation in der BRD der achtziger Jahre. Die FAP hatte vor dem Aufbau diverser Landesverbände durch frühere Mitglieder der ANS/NA nur eine regionale Bedeutung im Raum Stuttgart. Sie wurde zur Ersatzorganisation der ANS/NA, wobei Michael Kühnen nie Mitglied der FAP wurde und selbst Martin Pape seinen Posten als Bundesvorsitzender der FAP für lange Jahre behielt.

Diese nur sehr oberflächlichen Personalentscheidungen reichten offensichtlich aus, um ein Verbot der FAP als Nachfolgeorganisation zu verhindern. Das bundesweit öffentliche Auftreten der ehemaligen Kader der ANS/NA innerhalb der FAP, selbst ihre Funktionen als Landes- und Kreisvorsitzende, bewegte staatliche Stellen nicht zum Einschreiten im Sinne der Verbotsverfügung gegen die ANS/NA. Diese untersagte nämlich nicht nur die Weiterführung der Organisation oder die Bildung von Ersatzorganisationen, sondern auch die Weiterarbeit innerhalb einer anderen, bereits bestehenden Organisation.

Neben ihrer gleichzeitigen Dominanz in der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) und der Gründung des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100.Geburtstag Adolf Hitlers" war die FAP das eigentliche Agitationsfeld für den überwiegenden Teil des Spektrums des bundesdeutschen Neonazismus in den Achtzigern. Die Verfassungsschutzbehörden teilen diese Ansicht.

Eine Veränderung der Bedeutung der FAP ergab sich ab 1986 mit der Spaltung „der Bewegung" durch den Streit über die von Michael Kühnen herausgegebene Schrift „Nationalsozialismus und Homosexualität". Kühnens offensichtliche Homosexualität war für seine Konkurrenten um die Führung „der Bewegung" der Ansatzpunkt, innerorganisatorisch die Machtfrage zu stellen. Die Kühnen-Anhänger verließen die FAP und hatten anfangs große Schwierigkeiten bei ihrer Reorganisierung; zumal Kühnen selbst zu dieser Zeit für 3 1/2 Jahre im Knast saß. Die Situation veränderte sich, nachdem Kühnen 1988 nach Verbüßung seiner Haftstrafe wieder aktiv in die Politik einsteigen konnte. Auf seine Initiative hin entwickelte sich anstelle einer bundesweit auftretenden Nazi-Parteiorganisation wie der FAP ein Netzwerk scheinbar unabhängig voneinander agierender und vordergründig nur regional aktiver Nazigruppen: die sogenannte „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). Ihr Name, „Die Neue Front", geht auf das interne Mitteilungsblatt der 1983 verbotenen ANS/NA zurück, das auch heute noch publiziert wird. In diesem Sinne kann die GdNF als Weiterentwicklung der ANS/NA betrachtet werden.

Die „Nationale Liste" (NL) aus Hamburg ist eine der regionalen Untergliederungen der GdNF. Ihre besondere Bedeutung liegt in der Mitgliedschaft von Christian Worch und Thomas Wulff und in deren Rolle als wesentliche Führungspersonen der GdNF.

Nahezu alle überregionalen Aktivitäten der GdNF, wie z.B. die „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche", werden von Worch und Wulff koordiniert. Darüberhinaus sind die beiden gern gesehene Gäste bzw. Redner bei lokalen Aktionen der GdNF-Untergliederungen. Die herausragende Rolle der NL ergibt sich nicht aus ihrer Existenz als lokale Hamburger Wahlpartei, sondern durch den juristischen Schutz, den sie wesentlichen Personen der Führungsriege der GdNF bietet. Da der GdNF, als formal nicht existenter Organisation, mit einfachen Verbotsverfügungen nicht beizukommen ist, richtet sich das Augenmerk der staatlichen Repressionsorgane nun auf die vermeintlich aktivsten Teilorganisationen.

Daß Christian Worch, und damit die NL, den Aufmarsch in Fulda federführend organisierte, ist selbst den Staatsschutzbehörden nicht entgangen. Seine Nachfolge als Führer der ehemaligen Kühnen-Anhänger ebenfalls nicht. Zwar stellt er sich nicht so in das Licht der Öffentlichkeit wie sein langjähriger Weggefährte Michael Kühnen es tat, aber er ist der Koordinator aller wesentlichen Demonstrationen und Veranstaltungen des deutschen Neonazismus. Worch initiierte die Organisierung der „Anti-Antifa". Auf seine Initiative hin kommt es zu Bündnissen von konkurrierenden Nazigruppen und zur Schlichtung von Streitigkeiten. Seine frühere Tätigkeit als „Schriftleiter" der „Nachrichten der HNG" oder, wenn Kühnen im Knast war, als dessen Stellvertreter, haben ihm dafür umfangreiche organisatorische Erfahrung gebracht. Auf einer Veranstaltung des „Deutschen Kameradschaftsbundes" wurde er als „Führer des militanten nationalen Widerstandes" begrüßt. Ein Verbot der NL soll in erster Linie seinen Handlungsspielraum einschränken, die NL selbst ist nur eine vergleichsweise kleine „Frontorganisation" der GdNF.

Daß die FAP, aufgrund ihrer gutfunktionierenden überregionalen Struktur und den Führungsqualitäten des Quintetts Friedhelm Busse (München), Siegfried Borchardt (Dortmund), Norbert Weidner (Bonn), Thorsten Heise (Göttingen) und Lars Burmeister (Ber-

lin), nach einigen Jahren der Flaute inzwischen wieder zur mitgliederstärksten öffentlich auftretenden Neonazi-Organisation geworden ist, wurde spätestens in Fulda deutlich. Mitglied der FAP zu werden scheint vergleichsweise einfach. Im Gegensatz zu ihrer strafforganisierten Führungsebene macht die Mitgliedschaft der FAP einen eher wild zusammengewürfelten Eindruck, in dessen Rahmen sich auch ansonsten als „disziplinlos“ geltende Nazi-Skins und -Hooligans einbinden lassen. In Fulda stellte die FAP den größten zusammenhängenden Block der beteiligten Nazi-Gruppierungen.

Der Zusammenhalt der FAP-Mitgliedschaft nach einem Verbot dürfte ausgesprochen schwer fallen. Die Führungsriege der FAP hat es bis jetzt versäumt, vergleichbare bundesweite Stukturen als Ausweichmöglichkeiten aufzubauen, die unter ihrer Kontrolle stehen. So wird sich der Großteil der Mitgliedschaft, wenn sie sich durch die das Verbot begleitenden Repressalien nicht beeindrucken lassen, schnell in die „Front-“ und „Massenorganisationen“ der GdNF integrieren lassen. Ein Verbot der FAP wird die Führungsrolle von Christian Worch bekräftigen, die vom FAP-Vorsitzenden Busse nach wie vor nicht akzeptiert wird.

Trotz jahrelanger Streitigkeiten zwischen den Führungen der FAP und der ehemaligen Kühnen-Anhänger scheint aber inzwischen der Zeitpunkt erreicht, wo die „Einheitsfront“ (so Innenminister Kanther am 29.8.93 im ZDF) aller relevanter neonazistischer Gruppen in greifbare Nähe gerückt ist. Welche Person die Führung dieser „Einheitsfront“ letztendlich übernehmen wird, sollte für Antifaschisten sekundär sein.

Was ist von den zu erwartenden Verboten von NL und FAP zu halten?

Nichts - wenn sie so durchgeführt werden wie die Verbote von DA, NF und anderen!

Eine zeitlich begrenzte Phase der Umorganisierung - wenn die Verbote begleitet werden von restriktiven Maßnahmen gegen die führenden Mitglieder!

Eine ganze Menge - wenn sie das Ziel der konsequenten Zerschlagung des oganisierten Neofaschismus hätten und begleitet wären von einem antifaschistischen Bewußtsein innerhalb großer Teile der Bevölkerung.

In letzterem Fall würden aber allein die Verbote nur einer Vorfeldorganisation der GdNF, und nur einer bundesweit auftretenden Neonazi-Parteiorganisation, nichts bedeutendes an der Gesamtsituation ändern.

Eine Zerschlagung der Gesamtstruktur der GdNF ist bei den gegenwärtigen Überlegungen um Verbote überhaupt noch nicht in der Diskussion. Der Reorganisierung der vom Innenministerium verbotenen DA, NO und NF und der anderen wird nur halbherzig entgegengewirkt. Die „Wiking Jugend“, eine Organisation, die Kinder und Jugendliche zu einer „nordischen Elite“ heranziehen will und deren Lager viele der bekanntesten Neonazis durchlaufen haben, ist trotz ihrer Identifizierung mit der „Hitler-Jugend“ allenfalls für eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht gut. Die mitgliederstarken Parteiorganisationen des Neofaschismus, NPD, DVU und neuerdings die „Deutsche Liga“ stellen ebenfalls kein Element der Verbotsüberlegungen dar. Und das, obwohl offensichtlich ist, daß Worch und Co. inzwischen beste Kontakte vor allem zur NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ aufgebaut haben. Der niedersächsische Landesvorsitzende der JN, Holger Apfel, trat als offizieller Redner in Fulda in Erscheinung.

Damit wird als These zur Diskussion gestellt, daß all die bisher ausgesprochenen Verbote allein das Ziel hatten, den sich in einer gesellschaftlichen Krisensituation rasant ausgebreiteten Neofaschismus in eine kontrollierte Existenz zurückzudrängen.

In einigen kurzen Thesen soll verdeutlicht werden, warum es ein Interesse an einer kontrollierten Existenz des Neofaschismus gibt.

- Neofaschistische Propaganda spielt eine Vorreiterrolle, an deren Akzeptanz in der Bevölkerung abzulesen ist, welche administrativen Maßnahmen, beispielsweise in der Rechtsprechung, politisch durchsetzbar sind.

- Neofaschistische Propaganda erfüllt eine Testfunktion, und wie aktuell an der Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl zu sehen ist, setzt die Bundesregierung heute das politisch um, was vor 5 Jahren noch von den „Republikanern“ gefordert wurde.

- Durch die Eigendynamik der neofaschistischen Gruppen und der von ihnen mobilisierten „Mitläufer“ wird der militante Neofaschismus zum ausführenden Organ einer Politik der „Drecksarbeit auf der Straße“, deren Umsetzung durch staatliche Organe nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht möglich ist. Das Nichteingreifen der Polizei, die Entpolitisierung des neofaschistischen Terrors durch die Justiz und die Mär vom „Einzeltäter mit ungünstiger Sozialisation“ durch Medien und Sozialwissenschaftler geben den Neofaschisten Handlungsspielraum für bestimmte Zwecke in bestimmten Situationen.

Das diese „Drecksarbeit“ bis hin zum gezielten Terrorismus, wie dem Oktoberfestanschlag, gehen kann, belegen die Verstrickungen von Neonazis, Geheimorganisationen wie GLADIO und bestimmten Kapitalkreisen.

Der Neofaschismus erfüllt seinen Zweck, und gleichzeitig kann der Staatsapparat sich von ihm distanzieren.

- Die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und Neofaschisten werden zur Manifestierung der Totalitarismustheorie benutzt, nach der der Staat gleichermaßen von „Links-“ und „Rechtsextremisten“ bedroht wird. Der bürgerlich-demokratische Staat ist demnach die „demokratische Mitte“, dessen Existenz ständig durch repressivere Gesetze und einen Polizeiapparat mit immer weitgehenderen Befugnissen abgesichert werden muß. In diesem Sinne ist der Mord an einem Asylbewerber „verwerflich“, aber seine Abschiebung „legal“, ganz gleich welches Schicksal in seinem Heimatland auf ihn wartet.

Selbst bürgerliche Rechts- und Freiheitsideale werden somit immer weiter zurückgeschraubt.

- Wenn Faschismus als eine Form bürgerlicher und kapitalistischer Herrschaft begriffen wird, ist es zwangsläufig, daß der bürgerlich-kapitalistische Staat sich mehr von Antifaschisten als denn vom Neofaschismus bedroht sieht. Konsequenter Antifaschismus ist mehr als eine Negation, ist mehr als die Gegnerschaft zum Faschismus - er ist Teil des Kampfes für eine sozialistische Zukunft.

Genießen die Neofaschisten die Toleranz des kapitalistischen Staates innerhalb einer vermeintlich „kontrollierten Existenz“, zwingen sie sozialistischen und emanzipatorischen Bewegungen einen Abwehrkampf auf, in dem Kräfte gebunden werden, die sich ansonsten gegen die Prinzipien des bürgerlichen Staates selbst richten könnten. In der Bindung dieser Kräfte verdeutlicht sich ein weiteres Interesse an der Nichtzerschlagung neofaschistischer Organisationen durch den Staat.

- Der Punkt Faschismus als letzte Möglichkeit der Herrschaftssicherung in Krisensituationen soll hier nur erwähnt und nicht weiter ausgeführt werden, weil eine derartig existenzielle Krise des Sytems zur Zeit nicht absehbar ist.

In diesem Sinne: Verbote sind zu begrüßen, wenn sie den Faschisten Handlungsspielräume nehmen - auch wenn das nur zeitlich begrenzt geschieht. Sich auf Verbote zu verlassen und zur Tagesordnung überzugehen ist fatal.

Die von antifaschistischer Seite aufgestellte Verbotsforderung birgt die Gefahr, die eigene Verantwortlichkeit an den Staat zu delegieren. An einen Staat, der einerseits den Neofaschismus am Gängelband hält und andererseits in vieler Hinsicht in der Kontinuität des Nationalsozialismus steht. Wird die Verbotsforderung erhoben, ohne die Zusammenhänge zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus in die politische Arbeit mit einzubeziehen, macht man sich zum Erfüllungsgehilfen eines Systems, das in punkto großdeutsche Militär- und Wirtschaftsinteressen, rassistische und soziale Spaltungsmechanismen und nicht zuletzt in der Massenmanipulation durch Medien viel gelernt hat und zu Recht der Rechtsnachfolger des 3.Reiches ist.

Gegendarstellung

Der Rechte Rand, Ausgabe 6-7/93, befaßte sich unter der Überschrift „Das Studienzentrum Weikersheim“ mit der Tätigkeit des Studienzentrums und meiner Person. In dem Artikel heißt es, ich sei „ als NS Marine Stabsrichter noch nach Kriegsende an Todesurteilen beteiligt gewesen“.

Diese Behauptung ist unwahr. Ich war nach Kriegsende an keinem Todesurteil beteiligt.

Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Filbinger

Frank Eßers

Mit Tempo 500 in den Faschismus

High-Tech-Sekte, der beste private Geheimdienst der Welt oder Nazis ohne Hakenkreuz? In der Bundesrepublik operieren zahlreiche Ableger der LaRouche-Connection mit Headquarter in den USA. Unter Namen wie Europäische Arbeiterpartei (EAP), Patrioten für Deutschland, Schiller-Institut oder Bürgerrechtsbewegung Solidarität ziehen sie für Strahlenwaffen, Kernfusion und gegen das jüdische 'Ostküstenestablishment' zu Felde.

Die Patentrezepte der LaRouches

„Wir haben das Patentrezept" - unter diesem Motto mobilisiert die Bürgerrechtsbewegung Solidarität für das Wahljahr '94. Erklärte



Alter Kack in neuem Frack. Unter neuem Namen versucht die Larouche- Organisation Wähler zu mobilisieren.

Aufgabe ist die Beseitigung der „anglo-amerikanischen Geopolitik", d.h. der Kampf gegen „die 'ewige' [sic!] britische Politik", kurz: gegen den „zionistisch-britischen Organismus", der „zerstört werden muß, damit die Menschheit leben kann" (1). Desweiteren: die Abschaffung von Arbeitslosigkeit durch den Einsatz der „immensen Konjunkturreserven [...] in Form von Arbeitslosen" (2) beim Bau der Magnetschwebebahn Transrapid („Mit Tempo 500 aus der Krise") und die Lösung aller Probleme durch die Entwicklung von Kernfusion und Strahlenwaffen. Diese Weltverschwörungs- und 'Erlösungs'rhetorik erinnert fatal an die nationalsozialistische Gleichschaltung der Nation „gegen den Weltvergifter aller Völker, dem internationalen Judentum" (3), den 'ewigen Juden'. Das Krisen- und Aufrüstungsprogramm der rechten Bürgerbewegung solidarisiert sich wohl vor allem mit Ewiggestrigem, nämlich 1) Hitlers Verwertung der menschlichen 'Konjunkturreserven' (beim Reichsautobahnbau) im Rahmen der sog. 'Arbeitsschlacht' und 2) der Generalmobilmachung für den 'totalen Krieg'.

Erst gerade Linke, dann rechter Haken

Bundesvorsitzende der 'Bürgerrechtsbewegung Solidarität' ist Helga Zepp-LaRouche, Ehefrau des US-amerikanischen Faschisten Lyndon Hermyle LaRouche. Deren Konglomerat aus Parteien, Vereinen, Verlagen und einem eigenen Geheimdienst ist international verzweigt. Stützpunkte gibt es u.a. in den USA, Deutschland, Indien, Mexiko, Schweden, Norwegen, Frankreich und Italien. Ursprünglich in der Studentenbewegung Ende der 60'er Jahre in den USA aktiv, konvertierte Lyndon LaRouche endgültig zu rechtsextremen Ideen, nachdem er und seine Jünger aus dem SDS flogen. Jene Ego-schlappe suchte er zu kompensieren, indem er im SA-Stil Überfälle auf Linke und Kommunisten organisierte (Operation Mop Up). 1978/'79 unterzogen sich seine Anhänger einem 'Counterforce'-Training, um nun endgültig ein „harter Haufen" (4) zu werden. Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits Verbindungen zum Ku-Klux-Klan, auch mit den Taiwan-Faschisten Tschiang Kaitscheks oder den HOS-Ustaschas (5) versteht man sich prima.

Feindbilder

Verbalschlachten gegen die 'anglo-amerikanische Geopolitik' des 'Weltfeindes' sind Ausdruck des LaRouche-spezifischen Antisemitismus: meist werden Politiker mit jüdischer Abstammung als Emanation des Bösen schlechthin diffamiert, ohne daß das Wort 'Jude' fällt. Offen antisemitische Auswürfe sind seltener, aber deutlich. Mit neonazistischem Geschichtsrevisionismus liegen die militanten Antizionisten auf einer Linie: „Die verächtliche, aber leidenschaftliche Sophisterei, die die zionistische Demagogen allen anbieten, die dumm genug sind, durch solche Schwindel beeindruckt zu werden, ist die Holocaust-These" (6). VVN, SPD, Die Grünen sowie Gewerkschaften sahen und sehen sich massiven Anfeindungen und Gewalttätigkeiten ausgesetzt. Im Parteipamphlet 'Neue Solidarität' (NS) und anderen LaRouche-Publikationen findet sich SS-Wahlkampfprosa, und mit Vorliebe werden eigene nazistische Strukturen anderen unterstellt: „EAP: Verhindert ein rot-grünes `33! Schluß mit der Selbstzerstörung unserer Republik!" (7). Hetze gegen Kritiker, Homosexuelle, Aids-Kranke und andere gehört ebenso zum 'solidarischen' Repertoire. Ein Selbstportrait zeichnete Führer LaRouche am 7. Juli '78: „Es ist nicht notwendig, braune Hemden zu tragen, um ein Faschist zu sein [...]. Es ist nicht notwendig, ein Hakenkreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein [...]. Es ist nicht notwendig, sich selbst Faschist zu nennen, um ein Faschist zu sein. Es ist einfach nur notwendig, einer zu sein!".



Der Slogan "Wir haben das Patentrezept" soll enttäuschte Wähler ansprechen. Foto: Eßers

Einer der „besten privaten Nachrichtendienste der Welt"

Hauptbetätigungsfelder sind die Unterhaltung eines weltweiten Nachrichtendienstes und das Vorantreiben der Fusions- und Weltraumtechnik zur Unterwanderung des militärisch-industriellen Komplexes. Dabei gibt man sich sendungsbewußt: „Wir müssen eine neue republikanische Elite aufbauen [...]. Nur wir haben das Wissen und die Methode, einer neuen Elite das nötige [...] Wissen beizubringen, das die Welt zum Überleben braucht" (8). Mit Nachrichten der LaRouches, teilweise veröffentlicht in der 'Executive Intelligence Review (EIR)', lassen sich sowohl CIA als auch Nationaler Sicherheitsrat der USA bedienen und sind des Lobes voll über einen der „besten privaten Nachrichtendienste der Welt". Hochrangige Mitarbeiter der Administration wurden rekrutiert. Unter Reagan hatten die fortschrittsfanatischen Privat Eyes eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Weltraumstrahlenwaffen (SDI). Auch in Deutschland sind Kontakte zu den Schlapphüten gefragt: Mitglied der EAP und 'Patrioten' waren Anno Hellenbroich, Bruder von Heribert Hellenbroich, Ex-Verfassungsschutzpräsident, und Paul Albert Scherer, Ex-Leiter des MAD. Die Beobachtung der EAP als Extremistenorganisation wurde (in brüderlichem Einvernehmen?) Ende der 70'er eingestellt. Der gute Informationsstand der LaRouches und bekannte Namen in ihren Publikationen jedenfalls weisen auf beste Kontakte zu Geheimdiensten hin.

High-Tech-Faschismus

„Frieden schaffen mit Strahlenwaffen"

wollen die Star-Wars-Pazifisten der La-Rouche-Sektionen Schiller-Institut und Fusions-Energie-Forum (FEF). Hilfe erhalten sie von einer Reihe Wissenschaftler, die bereits dem Naziregime treue Dienste leisteten, wie Erich Bagge (Entwickler einer reichsdeutschen Atombombe), Adolf Busemann (Aerodynamiker), Manfred von Ardenne (Atombombenforscher) oder dem ehemaligen Produktionsleiter der V2-Bombe in Peenemünde, Arthur Rudolf. Weniger verstaubte, dafür um so renommiertere Bombenbauer verdingen sich ebenso beim FEF als Kriegstreiber. Darüberhinaus sind Kontakte zu steckbrieflich bekannten privaten und staatlichen Rüstungsfirmen längst kein Geheimnis mehr.

Was will LaRouche?

Christliche und linke Inhalte im LaRouche-Programm sollten nicht verwirren. Die widersprüchlich erscheinenden Aktivitäten und Aussagen der LaRouches lösen sich bei genauerer Betrachtung auf: Typisch für faschistische Organisationen sind die Weltverschwörungstheorie, der unbedingte Wille zur Macht und geschulte Schlägertrupps. Die Ideologie ist austauschbar und dient nur einem Ziel: der Machtergreifung.

Quellen:
(1) New Solidarity, zitiert nach Lorscheid, Müller: „Deckname Schiller", Reinbek 1986
(2) Neue Solidarität, 21.7.93
(3) Hitlers Testament, zitiert nach „Der Nationalsozialismus", Informationen zur politischen Bildung, S.11, 1991
(4) L. LaRouche 1977 im „Campaigner"
(5) Der Rechte Rand Nr. 19, S. 16
(6) L. LaRouche in New Solidarity, 8.12.78
(7) EAP-Wahlkampfpamphlete
(8) Neue Solidarität, 17.7.80

Jörg Hemmers

Die im Schatten operieren

Notizen über die rechte Hand des Revisionisten und ehemaligen SS-Sonderführers Thies Christophersen: die Hausfrau Claudia Brüning aus Oldenburg.

Sie führt das Leben einer bescheidenen Hausfrau und Mutter in gesicherter Existenz. Ihr Mann ist als Ingenieur bei der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GSG) in Oldenburg beschäftigt. Beider politischen Aktivitäten führten sie vom Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG) des SA-Dichters und „Reichsfachschaftsleiters für Lyrik in der Reichsschrifttumskammer", Professor **Herbert Böhme,** zur NPD. Dort trafen sie Mitte der 70er Jahre auf den vom niedersächsischen Verfassungsschutzamt bezahlten, als Finanzbetrüger einschlägig vorbestraften Stadtangestellten **Werner Gottwald**. Gottwald schrieb regelmäßig unter dem Decknamen Reiser Berichte über die Tätigkeiten seiner „KameradInnen".

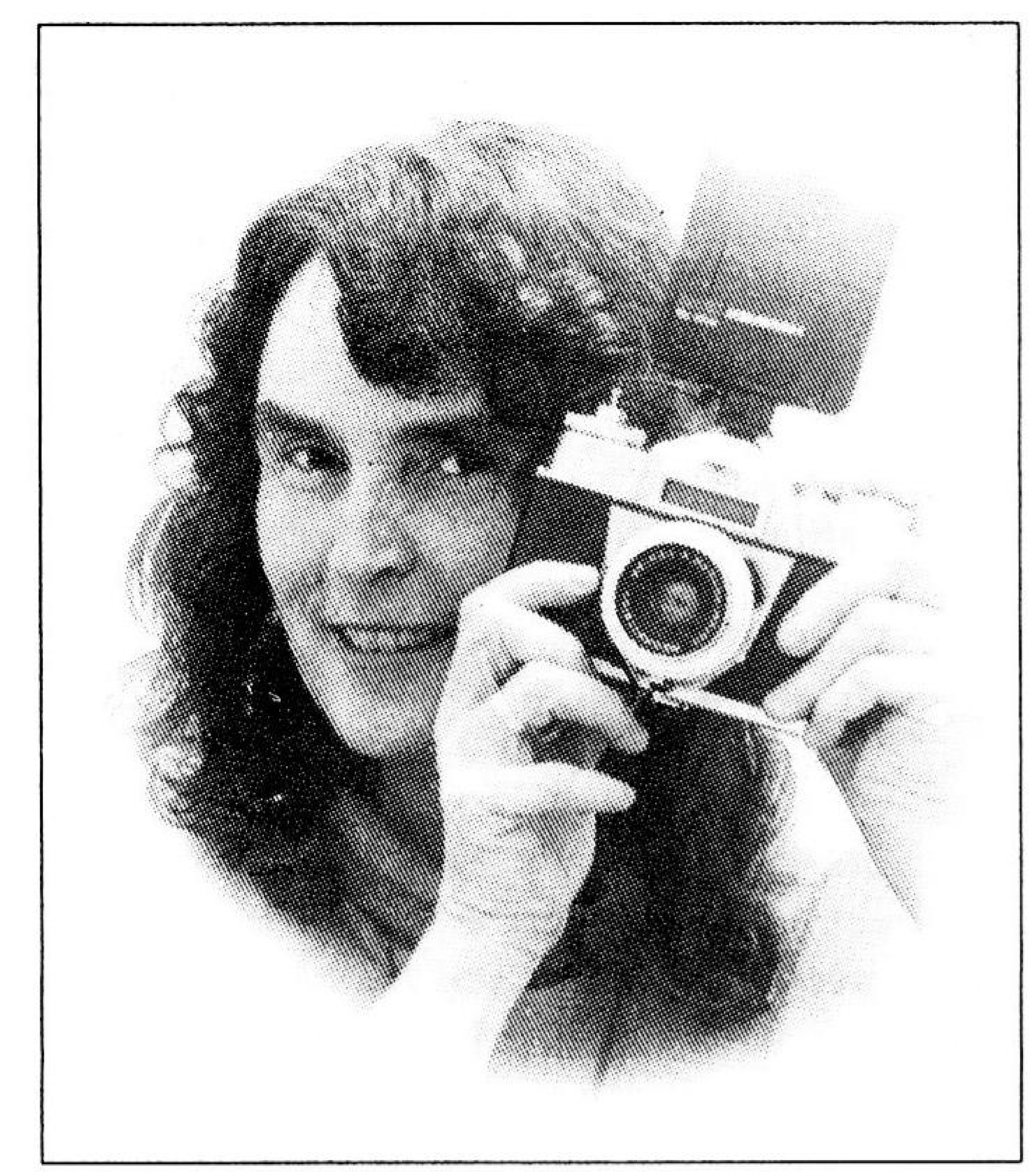
Die Familie Brüning im Blick des VS

Über die Brünings notierte er für seinen „Führungsoffizier" in Hannover: „Der Mann von Frau Brüning ist übrigens bei der GSG in Oldenburg als Architekt tätig. Beide sollen vor etwa einem oder zwei Jahren von Münster nach Oldenburg zugezogen sein. Die Mutter der Brüning soll hier in Oldenburg auch schon Veranstaltungen der NPD besucht haben. **Brünings** sind aktiv im Deutschen Kulturwerk tätig."

Reiser alias Gottwald berichtete über die große DIA-Sammlung der Claudia Brüning, ihre guten Kontakte nach Rumänien, ihren Aufenthalt in Moskau und Georgien. Innerhalb des NPD-Zirkels war sie für die Bücherbeschaffung, das Anfertigen von Plakaten für Info-Stände zuständig. Sie sollte als „Frauenführerin" aufgebaut werden. In Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen an der Carl-von-Ossietzky-Universität forderte sie eine radikalere Umgehensweise vonseiten der NPD-Mitglieder. Dem VS vermittelte Gottwald das Bild einer biederen NPD-Aktivistin, die bei allen Veranstaltungen sehr darum bemüht war, mit bekannteren Größen der Neo-Faschisten-Szene zusammen zu kommen. Zu der Führungsriege gehörten **Udo Walendy**, über dessen nicht ganz saubere Spekulationsgeschäfte mit der KURBAU GMBH Gottwald seinem Dienstherrn ebenfalls berichtete, Frau **Karin Manke** vom Arbeitszentrum in Bassum und der Herausgeber des neofaschistischen Magazins MUT **Bernhard C. Wintzek**.

Brünings Wunder bei der faschistischen Bauernschaft

Als die Rolle von Werner Gottwald öffentlich bekannt wurde, schienen die Aktivitäten der NPD in Oldenburg vorübergehend gelähmt zu sein. Die Brünings sahen sich nach anderen Organsiationsstrukturen um. Ehemann Gerhard Brüning nahm am 18.3. 1989 an einem Arbeitstreffen der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) in Hamburg teil, Claudia Brüning verliebte sich in den Revisionisten und Hitleranbeter **Thies Christophersen.** Sie fuhr zum ersten Mal 1986 mit der Vorsitzenden der faschistischen Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene (HNG), Christa Goerth, nach Kollund und schaute sogleich in ein „gutmütiges deutsches Gesicht" natürlich mit „intensivblauen" Augen. Recht schnell stieg sie in dem von Christophersen herausgegebenen Organ „Die Bauernschaft" von der einfachen Leserbriefschreiberin zur „Reporterin" und Illustratorin auf. Ihrem Hang zum Pathetischen kam der Stil der Bauernschaftartikel entgegen. Dort passte sie hinein. Im Schreiben von Führer-Apotheosen bewährte sie sich. Gerne verglich sie Christophersen mit bekannten Dichtern wie Hebbel, Schiller etc.. Bereits 1983 formulierte sie in der Bauernschaft zur Inhaftierung Christophersens:"Ich kann auch keine tröstenden Worte finden, sie würden sich ja nur kläglich anhören. Lieber lasse ich einen Großen für Sie sprechen: Hebbel sagt: „In die Hölle des Lebens kommt nur der hohe Adel der Menschheit. Die andern stehn davor und wärmen sich." Brüning ist in ihrem Denken dem völkischen Gedankengut verbunden. Ihr Bildungsbegriff ist auf die Ideale vom reinem Volkstum abgestimmt. Bildung ist einer Elite vorbehalten, wer sie besitzt verfügt nach ihrer Meinung über „Wunderkräfte". Ihre heute zum Teil wieder akzeptierten Forderungen an Bildungspolitik sind reaktionär. „Märchen, Sagen und gute Gedichte schulen die Vorstellungskraft der Kinder. Aber was nützt die schönste Ballade, wenn der umerzogene Lehrer aus den herrlichsten Helden Asterix-Figuren macht? (...) Da das Bildungsideal in den verschiedenen Kulturen und Landschaften unterschiedlich ist, kann eine gute Allgemeinbildung nur im Volkstum wurzeln. (...) Das Fach Heimatkunde und Geschichte (ohne Umerziehung) muß wieder Lehrfach aller Schulen werden." In dem Revisionisten Christophersen hat sie ihre ideale Leitfigur entdeckt. Stolz berichtet sie über ihre Mitarbeit als Buchillustratorin zu Christophersens „Plattdeutschen Geschichten" zusammen mit Professor Wilhelm Petersen und schreibt ein lobhudelndes Portrait von ihrem Thies mit dem irreführenden Titel „Reisen in's Exil", für das sie anerkennende Worte des Revisionisten **Wilhelm Stäglich** bekommt. Als Christophersen 1992 „unerkannt" - trotz bestehenden Haftbefehls - durch die Bundesrepublik reist, beherbergt sie ihn für eine Nacht in Oldenburg. Aus ihrer Verehrung von Nazi-Größen wie Adolf Hitler und Rudolf Hess macht sie keinen Hehl. Als Korrespondentin der Bauernschaft nimmt sie an der 100 Jahres-Feier zu Ehren Hitlers der spanischen faschistischen Jugendorganisation CEDADE 1989 in Madrid teil. Sie zeichnete „Geburtstagsbilder", fotografiert die Feier in Madrid und lernt dort verschiedene Repräsentanten und Funktionäre der Neo-Faschisten wie **Leon Degrelle**, **Pedro Varela** (Chef der Cedade) und **Ewald Bela Althans** kennen. Mit verklärtem Blick und romantisierender Einfalt stilisiert sie den Straßenaufmarsch der Faschisten in Madrid zu einem Mirakel. „Ich bin gerührt, welche Wunder ich in Madrid erlebe. Wir bitten den Wirt, die Musik auszuschalten, so daß das Mädchen das Lied noch einmal singen kann. Es wird still, und noch einmal erklingt diese unbeschreibliche subtile Stimme, wie aus einer anderen Welt. Die letzten Worte des spanischen Textes verklingen leise und feierlich gezogen, wie eine heilige Erinnerung (...) „Rudolf Heß ... Rudolf Heß" (...) Später singen wir auch „Die Fahne hoch" mit den Spaniern. Ich weiß noch bis heute nicht, wer unsere Zeche bezahlte, doch kann es sein, daß der Wirt nichts verlangte." Solch Einsatz wird mit Einladungen zum Vortrag bei der Tagung des Nordischen Rings (9.-12.Juni 1989) und zum Treffen der Revisionisten im französischen Haguenau im „Hotel National" (8./ 9.11.1989) belohnt. In dem Film „Wahrheit macht frei" kommt sie in Haguenau als hämisch lachende Dame ins Bild, nachdem der Faschist **David Irving** seine Story von der Judenvergasung in Einmanntelefonzellen zum besten gibt. Auch hier war im übrigen der bundesdeutsche VS mit Kameras und Mikrofonen zugegen. Ihre Suche nach den Spuren der Faschisten-Herrschaft führt Claudia Brüning 1989 nach Berlin-Ost. Sie zeichnet etwas gröblich Motive der „Mauerspechte" für die „Bauernschaft". Im Frühjahr 1990 wird dort ihre „Reisereportage" veröffentlicht „Meine Reise zu den Mauerspechten und



Claudia Brüning

Spurensuche“. Sie sucht „historische“ Gebäude und Plätze auf, den Führerbunker, die Neue Reichskanzlei. „Waren es nicht auch jetzt wieder junge Leute des Nationalen Deutschlands, die am 8./10. November als **Erste** mit riesigen Vorschlaghämmern und Spitzhacken der Mauer „den Rest geben wollten“? - Es waren junge Leute der NL, - des BHJ, - der JN, - der Wikingjugend. Man möge mir verzeihen, wenn ich nicht von allen weiß.“ Neben weiteren „Reiseberichten“ z.B. über ein Leserkreistreffen der Bauernschaft auf der Ostsee, immer mit Fotos illustriert, gibt sie hin und wieder in Leserbriefen grundsätzliches zu Papier. In der Bauernschaft (1991), H.4 korrigiert sie einen vereinfachten Rassismus, der nur zwischen schwarz und weiß trennt. „Den Satz ‘alles was blond und deutsch“ aussieht habe ich mit der Randbemerkung versehen (Du wolltest ja Randbemerkungen!) ... ‘Es gibt auch dunkelhaarige, echte, tolle, deutsche Männer (z.B. Adolf Hitler) und dunkeläugige, große weltberühmte Deutsche (z.B. Adolf Hitler) und dunkeläugige, große, weltberühmte Deutsche (z.B. Goethe) und gibt kleine, blonde, kurzbeinige, fremdwirkende Deutsche und dunkele, kernige, deutsche Bayern und obwohl der blonde nordische Typ wirklich der Schönste ist, kann er auch mal ein Böser sein. Auch die Germanen waren nicht alle blond.“ Bei der Verfilmung der „Auschwitzlüge“ war sie auch zugegen. Ihre kritischen Anmerkungen zur Arbeit des dänischen Filmemachers sind ebenfalls 1992 in der Bauernschaft erschienen. Der Ankündigung zur Frühjahrstagung der Bauernschaft war ihre Teilnahme als Referentin zu entnehmen. Unter dem Titel „Nordische Dichtertage“ hatten sich folgende (Neo)-FaschistInnen angekündigt: **Gertrud Herr, Dieter Volmer, Gerd Honsik, Lilo Bollmann, Mahareng, Claudia Brüning, Udo Walendy, Dr. A. F. Ventker, Heinz Sach, Dr. Mimir, Helmut Brückmann, Dr. Stäglich, Inge Detlefsen, Dr. Pedersen, Wolfgang Juchem, Gerhard Seifert**.

Claudia Brüning hält sich von öffentlichen Aufmärschen der (Neo)-Faschisten noch fern. Aus dem sicheren Schoß der kleinbürgerlichen Familie kann sie viel mehr für die Rehabilitierung des Faschismus leisten als der ebenfalls im Raum Weser-Ems operierende „Straßenjunge“ **Thorsten de Vries**. Ihr genügt es, wenn sie dessen Vorgesetzten, wie de Vries ihn nennt, **Christian Worch** bei Leserkreistreffen der Bauernschaft im geheimen Zirkel treffen kann. Im Frühjahr 1993 war sie wohl mit der Angestellten **Rose Müller** in Kollund, obgleich AntifaschistInnen die „Nordischen Dichtertage“ erfolgreich verhinderten.

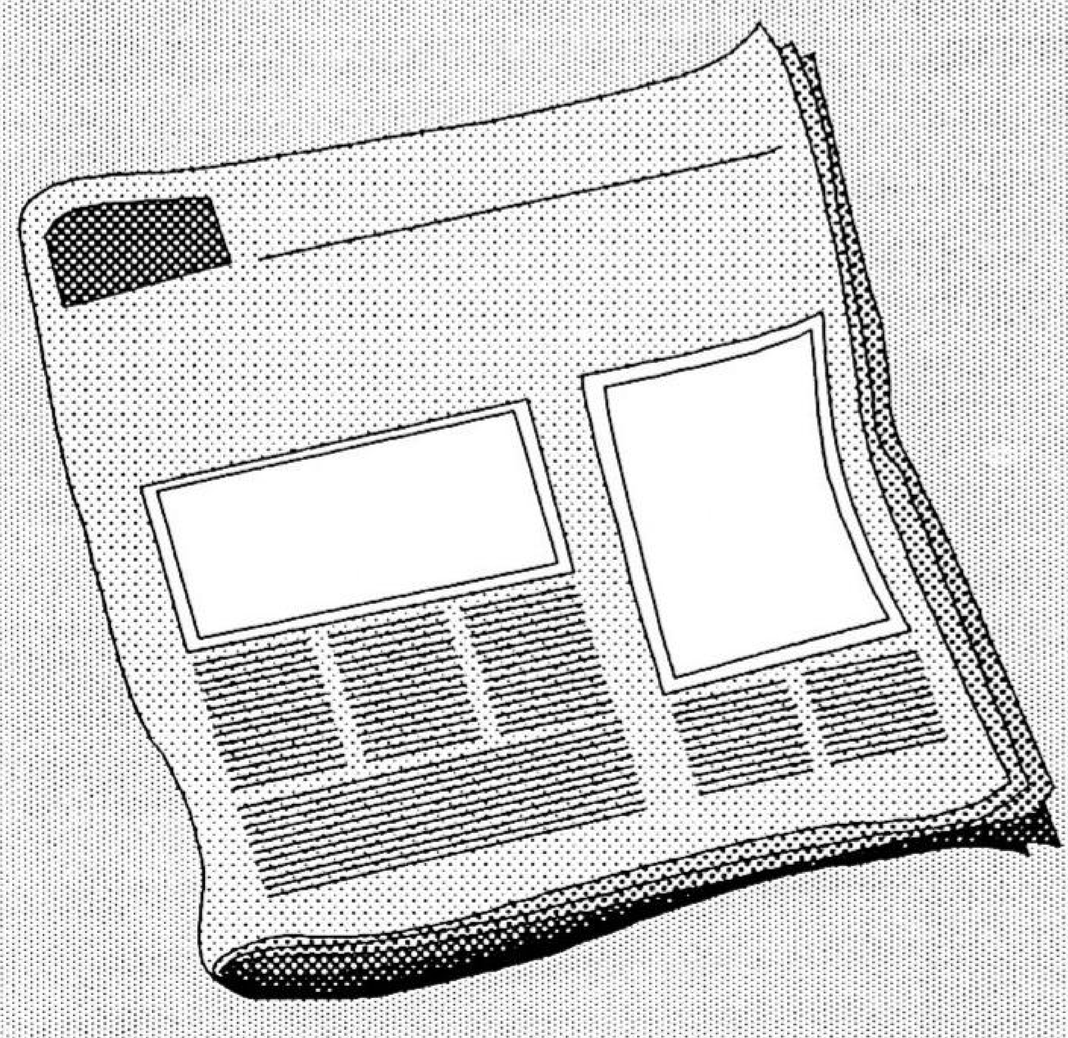
Jörg Hemmers arbeitet beim Arbeitskreis "Keinen Fußbreit den FaschistInnen" Oldenburg mit

RECHTS IN KÜRZE

Kiew (Ukraine). Ukrainische SS-Veteranen feierten am 21.August in Kiew den 50.Gründungstag der SS-Division Galizien. An dem Treffen nahmen auch ehemalige Angehörige der SS-Division teil, die in den USA, Kanada, Großbritannien und Australien leben. Auch Vertreter des ukrainischen Verteidigungsministeriums waren anwesend. Etwa 500 ukrainische SS-Veteranen hatten sich am Wochenende zuvor im westukrainischen Lwow (Lemberg) zusammengefunden, um gemeinsam mit ausländischen Gästen des Jahrestages der SS-Division zu gedenken. Die SS-Division Galizien war nach der Wehrmacht-Niederlage von Stalingrad 1943 vor allem aus sogenannten „Hilfswilligen“ der gleichnamigen westukrainischen Region gebildet worden. Neben der ukrainischen SS-Division Galizien wurden SS-Einheiten auch in Estland und Lettland aufgestellt.

Dortmund. Zum eher symbolischen Preis von DM 4,- (+Porto) vertreibt die Antifa-Dortmund-Nord, c/o Taranta Babu, Humboldtstr.44, 44137 Dortmund einen 55-seitigen Überblick über die Entstehung, den Werdegang und das Umfeld der neonazistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DL). Von besonderer Wichtigkeit für Fakteninteressierte dürfte die Auswertung der „Deutschen Rundschau“ hinsichtlich des Anzeigen-und Werbeapparates von Organisationen und Gruppierungen aus dem rechten Lager sein.

Virginia. Hans Schmidt (Virginia/USA), einer der führenden Revisionisten in den USA, hat dem Holocaust-Museum in Washington einen Besuch abgestattet. In seinem weltweit verschickten Rundbrief „USA-Bericht“ (zuvor: „Amerika-Brief“) gibt er der geneigten LeserInnenschaft kund, daß die Ausstellung „nur für die Dümmsten der Dummen überzeugend“ wirke. Das Museum findet der ehemalige Geschäftsmann Schmidt (1927 in Deutschland geboren, Mitglied der HJ und nach eigenem Bekunden der Waffen-SS) eine „gute Propagandaausstellung für Adolf Hitler und den wiedererwachenden Nationalsozialismus“. Nachgedruckt ist der „USA-Bericht“ u.a. in der Juli-Ausgabe der „Reichs-Arbeiter-Zeitung“ (RAZ), dem Organ der „Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands“ (UAP).



Erfurt. Matthias Ritter (42), thüringischer Landtagsabgeordneter und Mitglied des Finanz-und Umweltausschusses des Landtages, ist nach 20jähriger Parteimitgliedschaft in der CDU zu den REP übergetreten. Mit Betroffenheit hat die Thüringer CDU unterdessen auf den Parteiübertritt reagiert. Ritter, der 1990 in seinem Geraer Wahlkreis ein Direktmandat erhalten hatte, solle „unverzüglich sein Landtagsmandat niederlegen“, forderte die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Birgit Bauer. In Thüringen werden die REP, die nach eigenen Angaben rund 400 Mitglieder haben, vom Verfassungsschutz beobachtet.

Hamburg. „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF; Sitz:Wolfsburg) ruft zur Unterstützung der „Nationalen Liste“ (NL) anläßlich der Bürgerschaftswahlen am 19.September auf. In der jüngsten Ausgabe ihres zweimonatlich erscheinenden Organs „Recht und Wahrheit“ (RuW; Juli/August 1993) wird der LeserInnenschaft mitgeteilt, daß mehrere hundert RuW-Abonnenten im Hamburger Raum ein Schreiben der NL mit der Bitte erhalten haben, mit ihrer Unterschriftsleistung der NL eine Berechtigung zur Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen zu eröffnen. Eingefädelt wurde die Aktion durch den DDF-Bundesvorsitzenden **Georg Albert Bosse** und den zweiten Vorsitzenden der NL, **Christian Worch.** Nach Angaben von RuW stimmt das politische Gesamtkonzept der NL mit der Auffassung der DDF „von der Schaffung eines VOLKSSTAATES ohne Parteien im wesentlichen überein.“

Am 10.September veranstaltet RuW das diesjährige LeserInnentreffen an einem geheimgehaltenen Ort (Großraum Ostharz). Als Referenten haben u.a. zugesagt: **Helmut Brückmann** (Multireferent-u.Publizist im Alt-Nazi-Spektrum), **Alexander Hoyer** (österreichischer „Dichterstein-Schildträger“ von 1992, Mitglied des revanchistischen „Witiko-Bundes“) und **Ilse-Carola Salm** (bundesdeutsche Protagonistin des flämischen Nationalismus).

Peter Schulz-Oberschelp

Sander fühlt sich zu wenig beachtet

Hans-Dietrich Sander, ehemaliger Chefredakteur der Deutschen Monatshefte, und seit 1990 Herausgeber der Staatsbriefe, fühlt sich mal wieder zu wenig beachtet. Die Juli-August-Ausgabe '93 der Jungen Freiheit hat ihm offensichtlich nicht gefallen. Besonders **Rainer Zitelmann** und **Jutta Winckler** haben seinen Unmut so sehr erregt, daß er mal wieder aus dem Nähkästchen plaudern mußte.

Zitelmann habe sich mit seinem Interview als „letzter der bisher Umgedrehten offenbart", er sei der „Bedrohung, ausgegrenzt zu werden, um den Preis und Dank entkommen, selber auszugrenzen." Der so arg Gescholtene hat, laut Sander, als Cheflektor bei Ullstein gleich drei Buchmanuskripte von Staatsbrief-Autoren abgelehnt. Konkret handelt es sich um **Reinhold Oberlerchers** Gesellschaftsphilosophie („Seit Rostock ist selbst den unbedarften Zeitgenossen klargeworden, daß das deutsche Volk in einen furchtbaren Rassenkrieg hineingetrieben wird, der es zwingt, sich seiner Haut zu wehren in dem allerengsten Lebensraum, der ihm noch geblieben ist. ...es bleibt den Deutschen wohl nur übrig, eine Gemeinde nach der anderen freizukämpfen und nach jedem Erfolg die Siegerstandarte *ausländerfrei* am Ortsausgangsschild aufzuziehen.", so schrieb dieser Herr in den Staatsbriefen 8-9/92), **Klaus Kunzes** Kritik am Parteienstaat (Rechtsanwalt in Uslar, 1976/77 zusammen mit dem damaligen Mitglied der Hoffmann-Bande und späteren Mörder des jüdischen Verlegers Lewin Uwe Behrendt im Hochschulpolitischen Ausschuß der Deutschen Burschenschaft) und **Markus Kleins** Ernst v. Salomon-Dissertation. Wer derart ausgewiesene Literaten nicht in sein Programm nimmt, der führt Böses im Schilde.

Sander vermutet, dieser Zitelmann solle der Jungen Freiheit bei ihrem Versuch, ab nächstes Jahr Wochenzeitung zu werden, ein neues „politisches Design" verpassen. Zu sehr aufgefallenen Autoren könnte danach der Abdruck erschwert oder gar unmöglich gemacht werden. Als Nachweis für diese Vermutung steht ihm eine Glosse von Jutta Winkler in derselben Ausgabe, in der „die Dame" die „Essays von Botho Strauß, Enzensberger und Martin Walser wie Zeichen und Wunder vom *Spiegel*" bejubele. Ihre „Katzbuckelei vor den Meistern des Worts" habe sie „mit Fußtritten nach Oberlercher und mir" verbunden. Hier irrt der alte Herr! Winckler hat Oberlercher und Sander überhaupt nicht erwähnt. Das macht ihn so fuchsteufelswild, daß er im nächsten Absatz die wahre Identität von Winckler und ein zusätzliches Pseudonym offenlegt. **Theo Homann** verstecke sich hinter der Dame, und er habe sich den Namen zugelegt, „um unter einem neuen Pseudonym das Spiel der Isolierung der *Staatsbriefe* im rechten Lager fortzusetzen, das er 1990 in der Maske des **Hanns Ludin** begann." Noch bedenklicher aber sei, daß das Projekt Wochenzeitung nur mit Hilfe eines Fonds verwirklicht werde, für den **Heinrich Lummer** einen Batzen Geld aufgebracht habe, „derselbe Lummer, der vor einem Jahrzehnt ... einem NPD-Funktionär Geldscheine zugeschoben hatte."

„Man muß sich verkaufen können", soll ihm unlängst **Markus Zehme** von der Jungen Freiheit gesagt haben. Diese Rechten wollen mit ihren Schreibereien halt gleich von Anfang an Geldscheine verdienen. Da ist der wackere Held des „1-Mann-Betrieb(s)" mit Organisationsmängeln, der im letzten Jahr nur durch eine „Sonderaktion des informellen Freundeskreises zur Auffüllung der Finanzlücke" noch einmal über die Runden kam, ja der selbst „Schwarzleser - es sind Professoren und Generäle darunter", zu seinen Kunden zählt, vergrellt. Er reißt sich jahrzehntelang für die Rechte den Hintern auf, und diese schnöde Jungakademikertruppe von der JF kassiert einfach die Kohle. Armer Sander! (So stand es in den Staatsbriefen 7-8/93)

Junge Freiheit

Eine von der ehrgeizigen rechtsintellektuellen Monatspostille „Junge Freiheit" (JF) durchgeführte „Sommeruniversität" wurde von den Organisatoren **Hans-Ulrich Kopp** und **Dieter Stein** vorzeitig beendet. Das mehrtägige konspirative Spektakel für jungfreiheitliche Redakteure, Autoren und Mitglieder der rund 20 JF-Lesezirkel fiel der ungeliebten Öffentlichkeit zum Opfer. Ein kritischer Fernsehbeitrag im sonntäglichen Kulturspiegel der ARD veranlaßte die rund 60 „Freiburger Jung-Nazis" (Konkret) zum frühen Ende der ursprünglich vom 30. Juli bis zum 5. August angesetzten Veranstaltung. Eine für Dienstag abend angesetzte Demonstration gegen die Schulungsveranstaltung der JF-Kader fand die Jugendherberge dann leer vor. Man war abgereist. Als Referenten der „Sommeruniversität" waren auch Claus Jäger, CDU-MdB aus Göppingen und Bundessprecher des „Christlich-Konservativen Deutschlandforums", und Rolf Schlierer, Fraktionsvorsitzender der „Republikaner" im Landtag von Baden-Württemberg und Stellvertretender Bundesvorsitzender der Schönhuber-Partei, in das schwäbische Ravensburg geladen. Als Nachhut der Rechtskonservativen betätigte sich **Roland Bubik**, verantwortlicher JF-Redakteur für Zeitgeist und Medien, mittels einem seiner ob ihrer finster-ironischen Sprachgewalt gefürchteten Leserbriefe in der Schwäbischen Zeitung seiner Heimatstadt Ravensburg.

Faschistische Söldner

Martin Homes (25), ehemaliger Skinhead aus Niedersachsen und Söldner im vormaligen Jugoslawien, posierte jüngst für das kriegsverherrlichenden Monatsperiodikum „Soldier of Fortune". Ein Bericht über den Krieg auf dem Balkan in der August-Nummer des Söldnermagazins enthielt Photos von



M. Homes (re.) in Fotopose

Homes und „Kameraden". In der Juni-Ausgabe druckten die „Nachrichten der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) einen Brief Homes' ab. Enthalten war darin auch eine Beschreibung des Waffenarsenals der internationalen Söldner der auf kroatischer Seite kämpfenden „Brigade König Tomislav": „Hier hat jeder seine Kalaschnikow, und in der Küche sammelt sich unsere Bewaffnung vom MG über Handgranaten bis hin zur Panzerfaust."

Zu den insgesamt sechs deutschen Söldnern der „Brigade" zählt auch **Uwe Herker** (22) aus Weinheim (Baden-Württemberg) von der ehemaligen „Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK). Zu Hause sitzt dem einstige DDR-Übersiedler die Staatsanwaltschaft im Nacken. Bereits vorbestraft, läuft derzeit ein umfangreicheres Verfahren gegen Herker. Von beiden ist nicht bekannt, ob sie gleich dem 27jährigen **Heinz „Hans" Wiesenack** aus Dresden, dem Glücksspiel verfallen sind. Wiesenack setzte seinem Leben Anfang Juni im nordbosnischen Srebrenica beim Russischen Roulette ein Ende.

Zunehmende Organisierung

Immer deutlicher schält sich heraus, daß das Projekt „Anti-Antifa" der militanten Rechten zu einem organisationsübergreifenden, bundesweiten Projekt ausgebaut wird. So meldete beispielsweise die „Nachrichten der HNG" in ihrer Juni-Ausgabe die Gründung einer „Anti-Antifa-Franken", in der neben Mitgliedern der militanten Neonazi-Organisationen FAP und „Nationaler Block" auch Aktivisten der NPD und des „Bundes Frankenland" mitarbeiten.

Ein Beispiel für die Arbeitsweise der Anti-Antifa war dem Maiheft der HNG zu entnehmen. Daß sie sich in einem Interview nicht von einem Angriff auf eine Gruppe Neonazis distanziert hatten, war Anlaß, ihre vollständigen Anschriften zu veröffentlichen. Ihre politischen Gegner titulierten die Neonazis als „Antifatzke" und „kommunistische Antimenschen". Zuerst veröffentlicht wurden diese „Informationen" in der Zeitschrift der Hamburger „Nationalen Liste" „INDEX".

Herbert Kalus

Vier Jahre Nazi-Terror

Seit vier Jahren wird der 22-jährige Olaf M. in der niedersächsischen Stadt Uelzen von Neonazis terrorisiert. Mehrfach zusammengeschlagen wurde er nun das Opfer eines Mordversuches.





Drohende Schmierereien deuten auf die Hintermänner der ständigen Angriffe hin: Mitglieder der mittlerweile verbotenen Nationalistischen Front.

Angefangen hatte es im Sommer 1989. Drohanrufe und Flugblätter der FAP sollten den damals 18-jährigen Olaf von seinem antifaschistischen Engagement abhalten. Später wurden die Drohungen massiver. Im Sommer 1990 wird er das erste Mal von Nazi-Skins überfallen und zusammengeschlagen. Einen Monat später erfolgte ein erneuter Angriff.

Im Jahr darauf wurde er von einem Auto angefahren, als er mit dem Fahrrad unterwegs war. Die Insassen sprangen aus dem Wagen und traten auf den Gestürzten ein. Folge: eine Woche Krankenhaus.

Später wurde das Haus der Eltern, bei denen Olaf wohnt, mehrfach mit Parolen besprüht („Rot Front verrecke!", „Olaf an die Wand" etc.).

Auch der Schulweg wird von den Nazis für Angriffe genutzt: Angefangen von Pöbeleien, über Drohungen bis hin zu Schüssen mit Leuchtspurmunition auf den Schüler. Im Oktober 1992 wird die Schule, die Olaf besucht, zweimal mit Droh-Parolen besprüht: „Olaf, Rote Sau wir kriegen dich". Wie auch bei den Schmierereien am Haus wird das Kürzel der „Nationalistischen Front" NF gesprüht, regelmäßig werden Aufkleber der NF, der Wiking-Jugend und gelegentlich auch der DVU an das Haus geklebt.

Der Terror eskaliert.

Februar 1993: Nazis rufen vor dem Haus der Eltern Parolen.

Mai 1993: Eine Fensterscheibe des Hauses wird eingeworfen.

Juni 1993: Das Haus wird erneut mit Drohungen besprüht („Olaf an die Wand", „NF voran"). Zwei Wochen später wird Olaf mit CS-Gas beschossen, verprügelt und mit einem Messer im Gesicht verletzt.

Juli 1993: 10 Nazis verprügeln Olaf mit Knüppeln und verletzen ihn erneut mit einem Messer im Gesicht.

5. August 1993: Zwei vermummte Nazis lauern Olaf auf einem Parkplatz auf, greifen ihn von hinten wortlos an und fügen ihm einen Stich in die Hüfte zu.

Dieser letzte Angriff hätte tödlich enden können, der Stich hatte den Nieren gegolten. Nur weil der Jugendliche ein Geräusch gehört und sich umgedreht hatte, fiel die Verletzung nicht so schwer aus.

Olaf hatte zum Zeitpunkt des letzten Angriffs bereits die Schule in Uelzen verlassen, da er die ständigen Angriffe nicht mehr ertragen konnte. Der Versuch, an eine Schule in einer anderen Stadt zu wechseln, scheiterte daran, daß ihm Nazi-Skins, die offensichtlich über den Schulwechsel informiert waren, drohten, ihn „platt zu machen". Am Tage seiner Abmeldung von der neuen Schule erfolgte der Angriff mit dem Messer.

Soweit bekannt, wurden die Angriffe gegen den 22jährigen und das Haus seiner Eltern von auswärtigen Skinheads und Nazis (u.a. aus Celle, Lüneburg, Gifhorn) verübt, die örtlichen Führer der neofaschistischen Organisationen, wie der NF-Chef **Sönke Hering,** halten sich aus den direkten Aktionen vornehm heraus. Die ungewöhnlich guten Ortskenntnisse der auswärtigen Angreifer lassen allerdings auf örtliche Informanten schließen.

Schutz gegen diese massiven Angriffe erhielt Olaf kaum. Der Grund: Olaf ist Autonomer. Damit ist für Polizei und auch zahlreiche LehrerInnen an der Berufsschule klar, daß er selbst schuld an den Angriffen ist. An der Schule wurde ihm signalisiert, daß es den Ärger mit den Nazis erst gäbe, seitdem er die Schule besucht.

Auch die Polizei reagierte eher unwillig. Die Schmierereien an der Hauswand der Eltern wurden erst in Augenschein genommen bzw. fotografiert, nachdem sich Olafs Vater über die Untätigkeit der Polizei beschwert hatte. Als Olaf Anzeige wegen des Messerangriffs erstatten wollte, wurde ihm zuerst vorgehalten, daß er an einer Demonstration auf Grund der mutmaßlichen Liquidierung des RAF-Terroristen Wolfram Grams beteiligt war. Ohnehin gilt Olaf, nachdem im Zuge eines §-129a-Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M) aufgrund eines anonymen Schreibens eine Hausdurchsuchung bei ihm stattgefunden hatte, als Terrorist. Und den möchte die örtliche Polizei am liebsten los werden. Den Eltern Olafs wurde mitgeteilt, daß sie sich selbst schützen müßten, da die Polizei nichts tun könne. Wenn Olaf aus dem Haus wäre, so ein Polizeibeamter zu dem Vater, wäre endlich Ruhe.

Olaf, der mittlerweile unter ständigen Kopfschmerzen, Schlaf- und Eßstörungen leidet, hat jetzt die Konsequenzen aus der bedrohlichen Situation gezogen: „Ich habe Uelzen ganz verlassen, um meine und die Sicherheit meiner Eltern zu gewährleisten."

Das Problem des rechtsradikalen Terrors in der niedersächsischen Kleinstadt wird damit allerdings nicht zu den Akten gelegt werden können: Allein in diesem Jahr wurden zwei Menschen in Uelzen Opfer rechtsradikaler Gewalt: Am 12. März wurde der 18jährige Hans Peter Zarse, der der rechtsradikalen Szene angehörte, von einem polizeibekannten Skinhead (17 J.) erstochen. Und am 22. Juli stirbt ein 16 jähriger Schüler, nachdem ihn ein Skinhead (17 J.) niedergeschlagen, in eine Umkleidekabine geschleppt und darin ein Feuer entfacht hatte. Der Skinhead war in der Vergangenheit nicht nur durch Einbrüche und Sachbeschädigungen, sondern auch durch einen Brandanschlag gegen eine Flüchtlingsunterkunft aufgefallen.

Brandanschlag auf Grünen-Politikerin

Schon zum zweiten Mal wurde auf das Haus der Grünen-Politikerin Heidi Lippmann-Kasten im südniedersächsischen Kreis Northeim ein Brandanschlag verübt. Unbekannte hatten in der Nacht vom 23.August einen Stall, der direkt an das Wohnhaus grenzt, in Brand gesetzt. Zum Glück wurde das Feuer rechtzeitig bemerkt, so daß kein gtößerer Schaden entstand.

Vor dem ersten Anschlag hatte Lippmann-Kasten einen Brief mit rechtsextremer Diktion erhalten, in dem ihr angekündigt wurde, daß sie "ausgeräuchert" werde. Auch dem zweiten Anschlag gingen eindeutige Warnungen voraus. In der Nacht vor dem Anschlag waren mehrere Drohanrufe eingegangen, in denen u.a. "Ausländer raus" gerufen wurde. Heidi Lippmann-Kasten ist im niedersächsischen Landesvorstnd ihrer Partei für die Asylpolitik zuständig.

Die Grüne war mit ihren drei Kindern schon nach dem ersten Anschlag in die Stadt Göttingen umgezogen. In dem Haus wohnte zum Zeitpunkt des letzten Anschlages eine örtliche Grünen-Politikerin.

Andreas Speit

Doitscher Alltag in Wernigerode

Es ist in diesem Land mittlerweile nichts Neues oder gar Verwunderliches, zu sehen, wenn und wie die Polizei und der gesamte Staatsapparat gegen rassistische und faschistische Aktivitäten vorgeht. Antifaschistische Aktivitäten werden zu unterbinden versucht. Und wenn dies nicht gelingt, wird versucht, die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren. Fulda hatte zahlreiche Vorläufer, einer war in Ilsenburg bei Wernigerode.

Unter dem Motto: 'Schluß mit der Kuschelpolitik des Staates - Widerstand gegen faschistische Zentren' war für den 17. Juli '93 in Ilsenburg eine Demonstration angekündigt worden. Intention der Demonstration war, auf die rassistisch motivierten Anschläge und neofaschistischen Aktivitäten in der Region Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode aufmerksam zu machen und dem Herangehen der Stadtverwaltungen an das 'Problem Gewalt' eine Absage zu erteilen. Gründe für die Demonstration gab es und gibt es genügend.

Im November '92 griffen 100 Neonazis mit Molotowcocktails und Steinen unter dem Beifall von über 500 Bürgerinnen und Bürgern vier Tage lang, vom 7.-11.9., in Quedlinburg ein Flüchtlingsheim an. Knapp einen Monat später, am 17.10., überfielen 14 'rechtsgerichtete' Jugendliche ein Flüchtlingsheim in Thale (nahe Quedlinburg) und versuchten, drei vietnamesische Frauen zu vergewaltigen. Beide Vorfälle gingen groß durch die Presse. Es war die Zeit der Lichterketten. Doch so schnell, wie die Kerzen erloschen, so schnell erlosch auch das Interesse an diesen und ähnlichen Geschehnissen. Es gab zwar 26 Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit den genannten Vorfällen. Mehrere Waffen, wie aufgebohrte Schreckschußpistolen, Schlagstöcke, Schlagringe etc. und Materialien / Broschüren von neofaschistischen Gruppen sowie Hakenkreuz- und Reichskriegsflaggen wurden sichergestellt. Von einem juristischen Nachspiel war jedoch nichts mehr zu bemerken. Ein politisches Klima, in dem sich neofaschistische Gruppen und Parteien besonders wohl fühlen.

Am 26. Februar '93 nahmen ca. 200 Personen die Einladung der neofaschistischen FAP ins Kreiskulturhaus Wernigerode, angemietet bei der Stadt über einen Strohmann, wahr. Geleitet wurde die (Werbe-)Veranstaltung vom niedersächsischen Parteivorsitzenden der FAP, **Thorsten Heise**. (Mittlerweile wird die Stärke der FAP zwischen 60 und 80 Personen in der Region geschätzt.) Im Vorfeld der Veranstaltung wurde eine Disco von Neonazis angegriffen. Doch die FAP redet nicht nur und macht Aktionen, sondern sie kümmert sich auch um die Kultur für ihre neuen Mitglieder. In der Gaststätte „Salzbergtal“ fand am 26. April '93 ein Konzert mit zwei Faschobands und ca. 600 TeilnehmerInnen statt. Der am Anschluß geplante Angriff auf das ehemalige alternative Jugendzentrum „Schlachthof“ wurde in letzter Minute von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert. Im selben Monat überfielen die Neonazis eine schwangere Vietnamesin, welche ärztlich behandelt werden mußte.

Nun sahen sich auch die Stadtväter und -mütter genötigt, zu handeln; und sie handelten. Zuvor stellten sie wohl fest, daß Rassismus und Neofaschismus irgendwie hauptsächlich und ursächlich ein Jugendproblem sei. Denn sie taten, war zur Zeit alle tun, die diese 'Erkenntnis' als 'Lösung des Problems' sehen. Sie organisierten finanzielle Mittel für ein Jugendzentrum, aus dem Topf des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) vom „Bundesministerium für Frauen und Jugend“. Bundesministerin Angela Merkel skizzierte die Intention des Projektes wie folgt: „... die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisiert, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet - um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen; weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt.

In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle Betätigungsfelder zu eröffnen. Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diese Hilferufe hört und aufnimmt“. Ziel ist es also, die Jugendlichen wahrzunehmen, ernst zu nehmen und „von der Straße zu holen“(0). Letzteres wurde geschafft. Ernstgenommen werden sie aber nicht. Eine Auseinandersetzung mit ihrem 'Gedankengut', mit dem, was sie denken und fühlen, findet nicht statt. Schon zur Einweihungsfeier des Jugendzentrums „Der Harzblick“ in einem Neubaugebiet in Wernigerode kam das gewünschte 'Klientel'. Den Wunsch der neofaschistischen Jugendlichen, sich bei der Eröffnungsfeier mit einem kulturellen Beitrag einzubringen, wurde gern stattgegeben, und so ertönte dann ein altes Soldatenlied. Anschließend zogen sie mit Hitlergruß zu einer gegenüberliegenden Kaufhalle und sangen alte Nazilieder. Die anwesenden Stadthonorationen waren sprachlos und verschwanden leise. Diese Sprachlosigkeit ist geblieben. Einige Mitarbeiter der Jugendpflege klagen schon seit Bestehen des Zentrums ein Gespräch mit der Stadtverwaltung ein, um eine pädagogische Konzeption zu erarbeiten. Doch diese fehlt bis heute. So konnte sich das Jugendzentrum zu einem Dreh- und Angelpunkt für die neofaschistische Bewegung in der Region etablieren. Ohne laufende Kosten wurden bisher 90.000 DM für den Kauf des Gebäudes und ca. 80.000 DM zur Renovierung ausgegeben. Die Bereitstellung von Räumen ohne pädagogische Konzeptionen reicht eben nicht.

Und wenn keine Inhalte geboten werden, man/frau froh ist, daß 'irgendwie Ruhe' ist, dann bieten andere Inhalte und Aktionen an. Fast jedes Wochenende bekommen die Jugendlichen Besuch von **Bernd Kiefer**, FAP-Mitglied aus Goslar, der vor der 'Wende' in Wernigerode lebte. Zweimal konnte auch der Besuch von Thorsten Heise beobachtet werden. Nach Aussagen von Jugendlichen besucht außer 'rechtsangehauchten' Jugendlichen niemand mehr das Zentrum. Ebenso konnte beobachtet werden, daß ausgehend vom Harzblick die anderen drei Jugendtreffs in Wernigerode besucht und gezielt Jugendliche angesprochen wurden (1). Insbesondere die FAP versorgt sie mit Material und Infos. Desöfteren war zu sehen, wie die angesprochenen Jugendlichen gemeinsam mit Personen aus dem FAP-Umfeld wegfuhren.

Doch dieses eine Zentrum scheint der FAP nicht zu reichen. Laut Aussagen aus den eigenen Reihen der FAP verhandeln sie mit der Stadt Wernigerode um ein eigenes Haus. Der Stadtverwaltung und dem Liegenschaftsamt liegt zwar bisher keine offizielle Anfrage vor, die Pressesprecherin der Stadt Wernigerode räumte aber ein, daß die FAP es über einen Strohmann versuchen könnte. Hierfür liegen bisher aber noch keine Erkenntnisse vor (2). In diesem Sinne äußerte sich auch der stellvertretende Bürgermeister Andreas Heinrich, Bündnis 90/Grüne auf eine Anfrage von AntifaschistInnen aus Quedlinburg (3).

Daß sich die FAP diese Region als ein Zentrum ihres Wirkens herausgesucht hat, macht sie auch damit deutlich, daß sie für den 11. Juli in Wernigerode einen 'Parteitag' (Kameradschaftsabend trifft es wohl genauer) angemeldet hatte. Wegen einem allgemeinen Versammlungsverbot, verfügt vom Landkreis, und der Präsenz der Polizei fand dieses Treffen in Wernigerode nicht statt. Unter dem 'Schutz' der Polizei konnten die Gäste der Veranstaltung auf die 'Raststätte Seesen' ausweichen, und dort ungestört tagen.

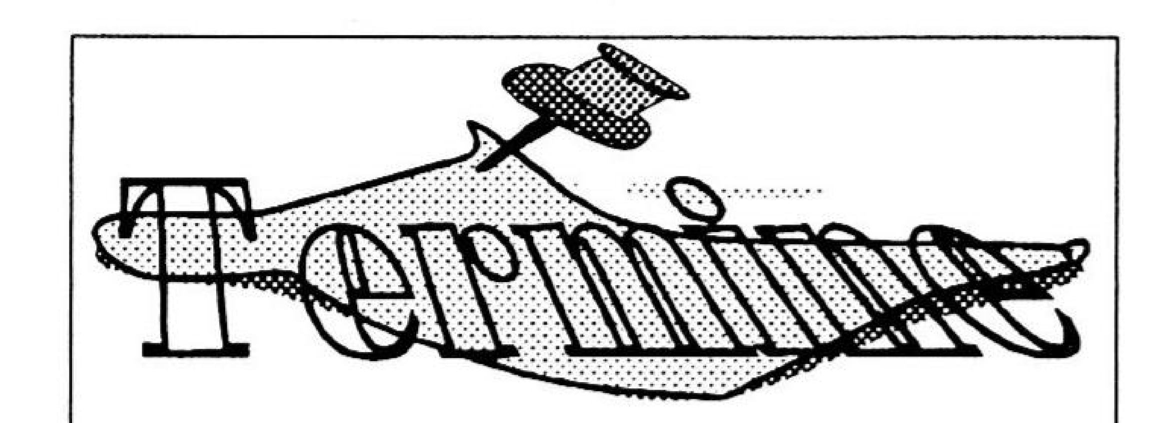
Einer der traurigen Höhepunkte der neofaschistischen Aktivitäten in der Region, der auch den konkreten Anlaß für die Demonstration am 17. Juli gab, waren die Geschehnisse in Ilsenburg (ca. 10 km von Wernigerode entfernt) am Abend vor dem geplanten Parteitag der FAP. In der Nacht vom 10. zum 11. Juli überfielen etwa 30 Neonazis aus Wernigerode, Hildesheim und Goslar zwei Jugendliche, welche mit dem Fahrrad unterwegs waren.

Mit Baseballschlägern, Steinen und Stiefeltritten verletzten sie eines der Opfer lebensgefährlich. Der 19 Jährige erlitt eine Schädelfraktur, die zu einer halbseitigen Lähmung des Gehirns führte. Erst am darauffolgenden Sonntag war er außer Lebensgefahr. Das andere Opfer erlitt mehrere Knochenbrüche. Als herbeieilende Feuerwehrmänner den Opfern helfen wollten, wurden sie von den Neonazis angegriffen. Ein Feuerwehrmann erlitt einen Herzanfall. Wahrscheinlich wurde wegen diesem Vorfall die FAP-Veranstaltung verboten.

Der gesamte Tatvorgang wurde von einem

Neonazi mit der Videokamera gefilmt. Nach einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei das Videoband sicher. Mehr passierte jedoch nicht. Das Kommissariat 7 in Halberstadt hat nach eigenen Auskünften 'einige' Vernehmungen durchgeführt. Was dann aber geschieht und wann etwas passiert, konnte nicht gesagt werden.

Wesentlich schneller griff die Polizei und der Staatsapparat gegen die antifaschistische Demonstration in Ilsenburg ein. Diese wurde kurzerhand verboten. Warum, ist bisher immer noch nicht geklärt. Für den gesamten Landkreis galt: - keine Antifa-Demo. Im Vorfeld und gleich zu Beginn der Demonstration machte die Polizei dies auch deutlich. 'Verdächtig' aussehende Personen wurden im gesamten Landkreis aus den Autos geholt. Ca. 150 Personen sollen in den Kontrollen hängengeblieben sein. Etwa 200 Demonstranten gelang es, durch die Vorkontrollen zu kommen. Gleich zu Beginn der Kundgebung kesselte die Polizei sie ein. Der Einsatzleiter der Polizei ließ keine Zweifel daran, daß seine Beamten keine Demonstration bzw. Kundgebung zulassen und gegebenenfalls diese auflösen würden. Die Gesprächsbereitschaft der Demonstrationsleitung beantwortete die Polizei damit, daß sie den Kessel enger zogen. Um die Situation nicht weiter aufzuheizen, löste sich die Kundgebung auf und fuhr als Konvoi nach Wernigerode. Dort konnte unter starkem Polizeiaufgebot eine kurze Spontandemo stattfinden. Über 500 Polizisten mit entsprechender Rüstung und der 'notwendigen' Technik (Hubschrauber etc.) waren laut Wernigeröder Zeitung im Einsatz (4).



Für den 2. 10. ist in Wernigerode eine Demonstration gegen die Kuschelpolitik des Staates geplant! Genaueres unter Tel.: 0345/29682

Gegen das Verbot der Demonstration haben die VeranstalterInnen am 19. Juli beim Landrat des Landkreises Wernigerode Widerspruch eingelegt. Bisher hat der Landrat nicht reagiert.

„Wernigerode ist eine Stadt des Friedens, die sich gegen jegliche Form von Gewalt, egal ob von links oder rechts, verwehre", betonte die Pressesprecherin der Stadt. Sorgen um Ruhe und Ordnung machen sie sich aber doch. Aber: „Sie habe vollstes Vertrauen zu ihren Sicherheitskräften" (5). Worüber sie sich keine Sorgen machen müssen, ist, daß sie von irgendeiner höheren Dienststelle wegen ihrer 'Befriedungspolitik' Ärger bekommen könnten. Ganz im Gegenteil, da liegen sie voll im Trend - den Neofaschisten Raum und Räumlichkeiten geben, die AntifaschistInnen konsequent bekämpfen.

So sei zum Schluß erwähnt, daß auch die NPD sich in diesem Klima etablieren konnte, und auch Rudolf Krause bei einem Treffen der Republikaner im „Ratskeller" in Quedlinburg in Aktion trat. Wen wunderts?

Anmerkungen:
(0) zitiert nach: 'Antifa-Info' Nr. 21, März/April 1993
(1) in der 'Jungen Welt', 20. Juli 1993, 'Protest trotz Verbot' schreibt Anette Schneider, daß die Stadt Wernigerode, vier rechte Jugendklubs finanziert. Nach Infos aus der Kreisjugendpflege Wernigerode und der Antifa konnte dies so nicht belegt werden. Belegt ist, daß sie alle Kontakt zur Neofa-Szene haben (siehe wie im Text)
(2) zitiert nach einem Telefonat mit der Pressesprecherin vom 19. August '93
(3) siehe auch: Harzer Volksstimme Wernigerode, 18. Juli '93
(4) Wernigeröder Zeitung, 19. Juli '93
(5) siehe: (2)

Winfried Holzinger

Der Verfassungsschutz, ein nützlicher Verein?

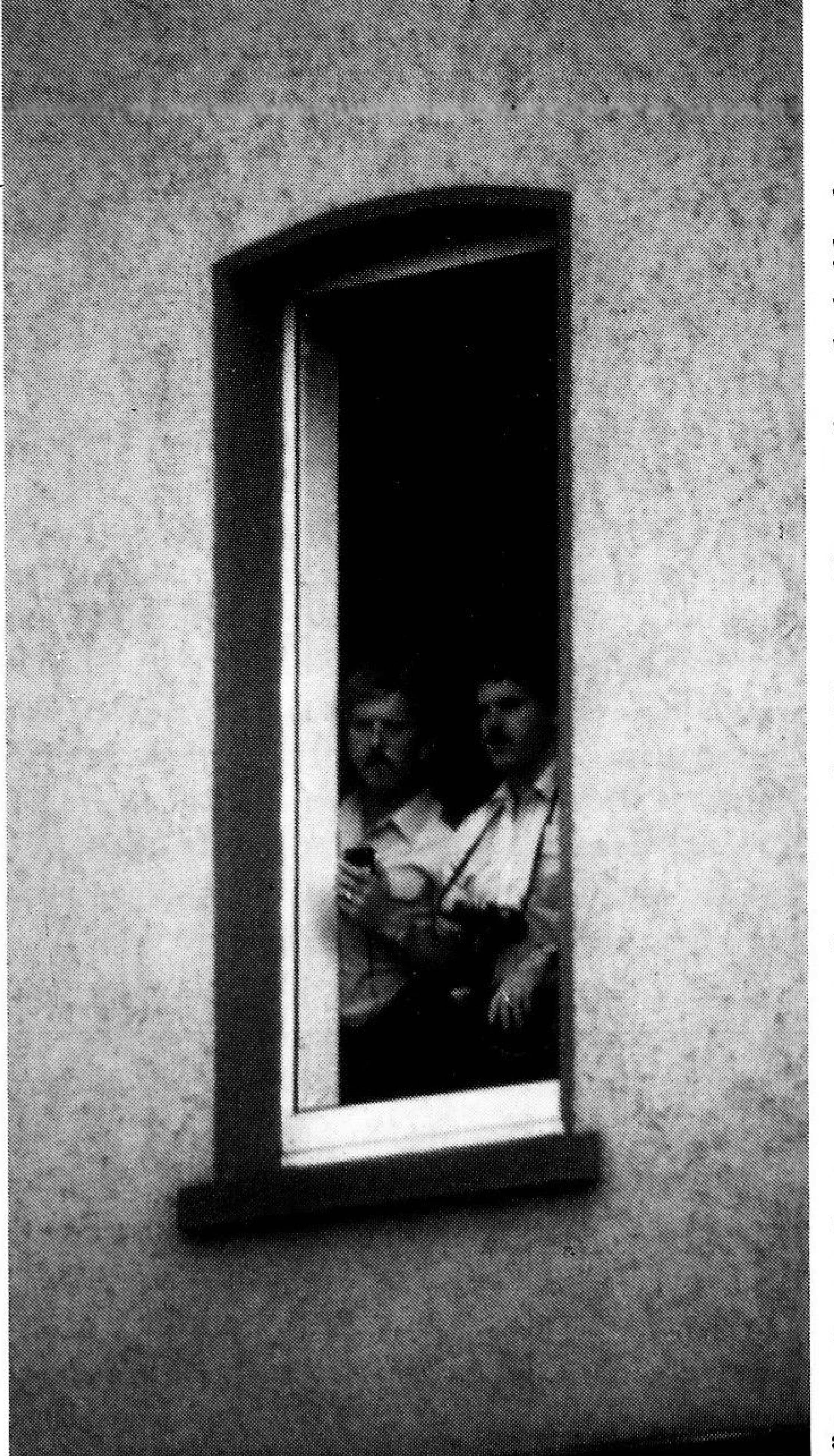
Bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung wurde zum niedersächsischen Verfassungsschutzbericht für 1992 festgestellt, daß er einen allumfassenden Überblick über neofaschistisches Unwesen nicht vermittelt hat. Es wurde nur das widergegeben, was in interessierten Kreisen schon längst bekannt und in Antifaschistischen Informationsschriften bereits veröffentlich war. Somit konnte dieser Bericht seiner angestrebten aufklärenden Funktion für die Öffentlichkeit dieses Landes nicht gerecht werden.

Gerade mit der besonderen Betonung des niedersächsischen Verfassungsschutzes, daß „der Rechtsextremismus 1992 in Deutschland zu einer zentralen Herausforderung für Staat und Gesellschaft geworden ist", wird er mit dieser zurückhaltenden Berichterstattung diesem Anspruch nicht gerecht. Wir fragen uns, sind dieser Behörde z. B. die Wehrsportübungen verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen in diesem Lande entgangen - oder hat sie ihnen einfach keine besondere Bedeutung beigemessen?

So stellt der Verfassungsschutzbericht fest, daß der Träger „Heide-Heim e.V. Hamburg" seine Anlage in Hetendorf als Tagungsstätte für verschiedene Veranstaltungen, so z.B. für die Nationale Liste, der Wiking-Jugend und der nun verbotenen Nationalistischen Front „zur Verfügung" gestellt hat. Weiter wird berichtet, daß sich die Aktivitäten der WJ in Niedersachsen „auf das seit Jahren stattfindende Pfingstlager in Hetendorf/LK Celle sowie die obligatorischen -?!- Sonnwendfeiern beschränkten". Daß jedoch diese neofaschistische Organisation neben anderen in Hetendorf Wehrsportübungen mit paramilitärischem Drill abgehalten hat, wird im Verfassungsschutzbericht verschwiegen. Anfragen durch die Linke Liste/PDS und Die Grünen in den Parlamenten ergaben, daß seit 1990 acht Wehrsportübungen im Lkrs. Celle durch neofaschistische Gruppierungen durchgeführt wurden. Schon die Umschreibungen wie „Hetendorf als Tagungsstätte" und das „Beschränken auf Pfingstlagern und Sonnwendfeiern" muß hier als eine Verharmlosung betrachtet werden und wird nicht dem Ernst und der Bedeutung von Hetendorf und den Umtrieben dieser Gruppierungen gerecht. Auch scheint nicht die das Klima in Hetendorf bestimmende Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV), hinter der auch der Hamburger Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** steht, von besonderer Bedeutung für den niedersächsischen Verfassungsschutz zu sein, denn auch diese Gruppierung findet sich nicht in ihrem Bericht wieder, obwohl die engen Verbindungen der bereits seit dem 27.11.92 vom Bundesinnenminister verbotenen NF zur GfbAEV den Verfassungsschützern eigentlich hätten auffallen müssen. So wird Hetendorf zwar im Verfassungsschutzbericht erwähnt, die eigentliche Bedeutung von Hetendorf als Schalt- und Verknüpfungsstelle für rechtsextremistische und neofaschistische Organisationen und ihren Umtrieben in der niedersächsischen Südheide verliert jedoch auf Grund der fehlenden Informationen wieder an Gewicht. (Bereits in den Ausgaben Nr. 5, 6 + 7/90 wurde im DRR die dort drohenden Entwicklungen thematisiert.) Zum Themenbereich Wehrsportübungen stellt der Verfassungsschutzbericht für 1992 fest, daß das Komitee für freiwillige Reservistenarbeit Nord (KON) im Bereich Landkreis Soltau-Fallingbostel zwei Wehrsportübungen durchgeführt hat. Weiterhin wurden im September 1992 jeweils Wehrsportübungen der Nationalen Liste Hamburg, der Interessengemeinschaft Wehrsport Meißendorf und der Deutschen Alternative Bremen im Bereich der Lüneburger Heide bekannt. Die Wehrsportübungen der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front und der Freundeskreis Kirsch/Knoop werden wie die der WJ im Verfassungsbericht nicht erwähnt. Der im Bereich Norden ansässigen Neue Deutsche Jugend (NDJ), ihre Verbindungen zum seit dem 18.12.92 durch den Nds. Innenminister verbotenen Deutschen Kameradschaftsbund und ihre Wehrsportübungen scheinen für die amtlichen Verfassungsschützer auch ohne Bedeutung zu sein, denn auch hierzu gibt es keine Hinweise im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht (siehe DRR,

Ausgabe Nr. 22). Diese Aufzählung ließe sich in diesem Zusammenhang beliebig fortsetzen.

Der erst vor kurzem veröffentlichte Bundesverfassungsschutzbericht für das Jahr 1992 spricht im Zusammenhang mit Rechtsextremismus von einer „Eskalation der Gewalt, die die Ereignisse von 1991 weit übertreffen". In Anbetracht dieser Erkenntnis, der Blutspur, die rechtsradikale Gewalt (mit einer Zunahme von 74 % von 1991 zu 1992) hinter sich herzieht und der Gefahr für den Bestand der demokratischen Grundordnung, stellt sich hier die Frage, warum nehmen die Sicherheitsbehörden diese Eskalation von rechtsradikaler Gewalt nicht ernst, denn nur so sind u.a. die Ereignisse zu Fulda und die mangelhaften Verfassungsschutzberichte zu erklären. Wieder zeigen die Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden, daß sie als „Frühwarnsystem" im Zusammenhang mit Rechtsextremismus versagt haben. Konservative Grundhaltungen in Form eines Rechtsrucks in der Gesellschaft verfestigten sich. Diese Entwicklungen ergänzen sich mit den Grundhaltungen staatlicher Stellen, denen diese Entwicklungen nur gelegen kommen, um die Notwendigkeit ihrer eigenen Existenz politisch zu rechtfertigen und auszubauen. So ist auch nur die Forderung von Bundesinnenminister Kanther für den Verfassungsschutz zu verstehen, mit denen er Wanzen u.a. gegen Wehrsportgruppen einfordert. Wieder sollen klammheimlich Grundfreiheitsrechte der Bürger geopfert werden, um das Informationsbedürfnis staatlicher Stellen zu befriedigen, ohne daß darüber nachgedacht wird, inwieweit der Informationsbedarf für Handlungskonzepte über allgemein zugängliche Stellen, ohne geheimdienstliche Befugnisse, ausreichend abgedeckt werden kann. Wir empfehlen den amtlich berufenen Verfassungsschützern, endlich die vorhandenen und öffentlich zugänglichen Quellen zu lesen, sie ernst zu nehmen und mit dem Ergebnis dieser Fleißarbeit die Politik zu beraten. Hierzu wären jedoch Behörden mit geheimdienstlichen Befugnissen, mit denen sie sich nur der Kontrolle durch den Bürger entziehen, nicht erforderlich.



Über die Linke immer gut informiert - bei Nazis gibt es gelegetlich blackouts.

Wehrsportübungen im Landkreis Celle

Im Oktober letzten Jahres war in der Celleschen Zeitung von einer Wehrsportübung von Neonazis im Raum Eschede zu lesen. Bis dahin waren „nur" Wehrsportübungen auf dem Gelände der Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel Bergen/NÜB in Suroide und in der Nähe des Anwesen der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) Hetendorf 13 bekannt.

Der Antifaschistische Arbeitskreis Celle wollte es genauer wissen und arbeitete eine Anfrage aus, die von Ulla Jelpke (Linke Liste / PDS) in den Bundestag und von den Andrea Hoops (Grüne) in den niedersächsischen Landtag eingebracht wurden.

Nun liegen die Antworten vor und beinhalten ein erschreckendes Ergebnis. Demnach gab es seit dem 01.01.1990 acht Wehrsportübungen im Landkreis Celle. Die Orte dieser Übungen ziehen sich über den gesamten Landkreis und es beteiligten sich bis zu 50 Neonazis. Aufgerufen hatten die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", die „Nationale Liste", die „Deutsche Alternative" (diese wurde im Dezember 1992 verboten), das „Komitee für freiwillige Reservistenarbeit Nord" und der „Freundeskreis Kirsch/ Knoop". Dieser Freundeskreis geht laut Landesregierung aus der NÜB hervor. Die NÜB führte bereits in den Jahren 1980-87 turnusmäßig Wehrsportübungen im Raum Suroide durch. In dieser Zeit war sie mit ca. 150 Mitgliedern einer der größten Wehrsportgruppen der gesamten Bundesrepublik.

Auf die Nationalistische Front (NF) geht weder die Bundes- noch die Landesregierung ein, obwohl auch diese Organisation hier im Landkreis Wehrsportlager durchführte, wie dem nds. Verfassungsschutzbericht 1988 zu entnehmen ist.

Am 27.06.92 führte die NF in Hetendorf ihren letzten Bundesparteitag durch, danach wurde sie verboten. Das wohl bekannteste Mitglied dieser Gruppe und eine der wichtigsten Figuren des Neonazi-Spektrums ist Jürgen Rieger. Auf einem Treffen der NF sagte er: „Die Ausländerflut gefährdet die biologische Existenz unseres Volkes. In meiner Rede werde ich deutlich dazu Stellung nehmen und einen 9 Punkte Plan zur Ausländerrückführung vorstellen. (...) Wir müssen ihnen (gemeint sind die Ausländer) den Aufenthalt so unbequem wie möglich machen."

Das war ein halbes Jahr vor dem Pogrom in Hoyerswerda.

Jürgen Rieger scheut sich auch nicht vor laufender Kamera Richter, Journalisten und andere mit Morddrohungen zu überziehen. (In einer Sendung von Panorama).

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der GfbAEV versuchte er 1990 in Hetendorf ein weiteres Gebäude für 312.000,- DM zu ersteigern. Dies mißlang, weil sich die Bevölkerung dagegen wehrte. In einem von ihm unterzeichneten Flugblatt drohte er daraufhin den HetendorferInnen: „Rache muß kalt genossen werden", „Auge um Auge, Zahn um Zahn".

Weiter trifft sich in Hetendorf die Artgemeinschaft (eine Organisation, die versucht Rassismus pseudo-wissenschaftlich zu begründen) und die sogenannte Hetendorfer Tagungswoche findet, unter Beteiligung führender Revisionisten, einmal im Jahr statt. Der Revisionismus ist der Versuch die Kriegsschuld zu leugnen, die Tatsache der systematischen Vernichtung der Juden im Dritten Reich zu verharmlosen und deutsche Kriegsverbrechen zu relativieren.

Seit mindestens 1986 finden regelmäßig die Lager der Wiking-Jugend (WJ) in Hetendorf statt. In dieser Organisation werden Kinder ab sechs Jahren in faschistischer Ideologie geschult und paramilitärischem Drill unterworfen. Neben Exerzieren gehören Schießübungen mit Luft- und Kleinkalibergewehren zu dem Programm solcher Lager. Bei Orientierungsmärschen müssen Jugendliche mit Marschgepäck unter Stacheldrahtsperren durchrobben, meterhohe Wände überwinden und sich an Seilen von Baum zu Baum hangeln.

„Wir haben in den 35 Jahren unserer Arbeit 15.000 Kinder und Jugendliche in unseren Reihen erzogen", sagte **Wolfram Nahrath**, seines Zeichens Bundesführer der WJ, 1988 gegenüber der Presse.

An der letzten der Landesregierung bekanntgewordenen Veranstaltung vom 28.-31.05.93 nahmen etwa 300 Personen teil. Hierzu wollen wir anmerken, daß am 31.05. ca. 60 „Wikinger" in Uniform, mit Fahnen, Trommelwirbel und Gleichschritt von Hetendorf nach Bonstorf zogen. Also hat dort quasi eine faschistische Demonstration stattgefunden. Nach unseren Beobachtungen waren bereits Mitte Juni wieder Zelte der WJ aufgebaut und auf dem Gelände parkten mindestens 40 PKWs.

Alles zusammen genommen sind die Aktivitäten der Neonazis hier im Landkreis mehr als umfangreich.

Nach unserer Einschätzung ist der Landkreis Celle für die terroristische Nazi-Szene in Norddeutschland mittlerweile der wichtigste Stützpunkt.

Leider gibt weder die Bundes- noch die Landesregierung ansatzweise Auskunft über die Beteiligung oder Unterstützung dieser Umtriebe von im Landkreis wohnhaften Personen.

Hierzu liegen den Behörden keine Erkenntnisse vor, so heißt es. Und das, obwohl doch einige Zusammenhänge offensichtlich sind.

Im Gründungsvorstand der NÜB waren

Fortsetzung auf Seite 16

mehrere Mitglieder bzw. Funktionäre des NPD Kreisverband Celle. Die Hausmeisterin des Anwesens Hetendorf 13 kandidierte 1990 für die NPD zur Landtagswahl im Wahlkreis Celle-Land.

Das Gelände für die Wehrsportübung in Eschede wurde von einem Landwirt zur Verfügung gestellt, der bereits für die NPD zur Kommunalwahl kandidierte.

Nach Meinung des Antifaschistischen Arbeitskreises Celle laufen dort einige Fäden zusammen. Zumal kaum davon auszugehen ist, daß bei derartig vielen Neonazi-Aktivitäten auf die Mithilfe von Menschen aus dem Landkreis verzichtet werden könnte.

Der Celler Antifa Arbeitskreis hofft, daß durch das erschreckende Ergebnis dieser Anfrage Menschen aufgerüttelt werden und dazu beitragen, den Faschisten den Boden zu entziehen: „Diese machen sich ja bekanntlich da breit, wo mensch sie läßt und bei der allgemeinen öffentlichen Gleichgültigkeit hier in Celle hatten sie da ja bisher leichtes Spiel", heißt es in einer Erklärung des Arbeitskreises.

Wer sich ein bißchen mehr informieren will, kann die Anfragen und Antworten gegen Einsendung von 5,- DM in Briefmarken für Kopier- und Portokosten über folgende Adresse beziehen:

Antifaschistischer Arbeitskreis Celle, c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle.

Anti-Antifa

Ingo Hasselbach (26), Mitbegründer und zeitweiliger Vorsitzender der „Nationalen Alternative", nach der Wende Hauskommandant des besetzten Hauses in der Lichtenberger Weitlingstraße 122 sowie ehemaliges Mitglied der NSDAP/AO, droht nach seinem öffentlichen Ausstieg aus der neonazistischen Szene Gefahr von seinen früheren „Kameraden". Verantwortlicher eines kleinen gegen Hasselbach gerichteten „Flyers" ist **Oliver Werner** von der „Nationalen Alternative". Oliver Werner ist außerdem für Aktivitäten der „ANTI-Antifa" in Berlin verantwortlich, die im Ostteil der Stadt das Postfach 342 unterhält. Diese Anschrift taucht am 25. Mai dieses Jahres unter dem Dutzend „ANTI-Antifa"-Adressen des Mainzer Nationalen Infotelefons auf. In jüngster Zeit wirbt der neugegründete „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten" (FRVS) mit dem nämlichen Postfach in 10037 Berlin über das braune Infotelefon. Dem Nationalen Infotelefon stellt im übrigen **Michael Petri** (21), Bundesvorsitzender der „Deutschen Nationalisten" und noch von **Michael Kühnen** selbst zum Landesvorsitzenden der mittlerweile verbotenen „Deutschen Alternative" in Rheinland-Pfalz auserkoren, völlig selbstlos seinen Faxanschluß und bis vor wenigen Wochen auch sein mittlerweile gesperrtes Postfach zur Verfügung. In der Öffentlichkeit mag Petri dennoch nicht mit dem wichtigen Informations- und Kommunikationsmedium der neonazistischen Szene in Verbindung gebracht werden. Offiziell fungiert ein 20jähriges ehemaliges Mitglied der rheinland-pfälzischen „Deutschen Alternative" als Betreiber.

Ulla Jelpke / Albrecht Maurer. PDS/LL im Bundestag

Frontverläufe

A wie Außengrenze

Kurz vor dem ersten Juli, dem Tag des Inkrafttretens der neuen Asylgesetze, liefen die Frontberichte ein.

Harmlos, wenn auch mitten in der Ferienzeit nicht ohne Brisanz, ist die Meldung aus Bayern, daß sich die Wartezeiten an den Grenzen zu Österreich und der Tschechischen Republik verlängern werden, weil die Grenzer mit dem Herausfiltern der „Illegalen" beschäftigt seien.

„Atempause an der Grenze vor neuen Asylregelungen" überschrieb dagegen schon unheildrohend die Sächsische Zeitung ihren Bericht über die „ganz neuen Aufgaben" der Polizei.

Eine Konferenz jage in diesen Tagen die andere, erzählt der Sprecher der Grenzschutzdirektion Ost, Amler. „Das Wort Asyl verhindere künftig nicht mehr die sofortige Zurückschiebung", beschreibt der Leiter des Grenzschutzamtes Pirna die neuen Aufgaben. Für den BGS in seinem Bereich macht das in quantitativer Hinsicht allerdings nicht viel aus: von 1600 „Aufgegriffenen" im Mai beantragten nur 59 Asyl. Ab 1.7. sind sie „Illegalen" an der Grenze gleichstellt - und ab mit ihnen.

Für die Polizei allerdings sieht ein Referatsleiter im sächsischen Landespolizeipräsidium ganz neue Aufgaben zukommen. Alle die, die der BGS nicht aufgreifen kann und die versuchen, sich ins Landesinnere durchzuschlagen, müssen kontrolliert, vor Asylbewerberheimen abgefangen, erkennungsdienstlich behandelt und abgeschoben werden.

„Im Landespolizeipräsidium rechnet man vorerst mit jährlich 6000 bis 9000 Abschiebungen. Dafür sind in jeder Landespolizeidirektion spezielle Gruppen zu jeweils 15 Bediensteten rekrutiert und jeweils ein Omnibus bereitsgestellt worden" (Sächs. Zeitung 22.6.93). Ziel dieser Arbeitsteilung ist die bessere Konzentration des BGS auf die Verhinderung der „illegalen" Einreise und die Schleuserorganisationen.

Ebenfalls zu diesem Zwecke wurden in den letzten Monaten Hilfspolizisten eingestellt. Zu deren Perpsektive heißt es: „Wie <heiß> der Hilfsjob beim BGS wird, wagt bisher kaum jemand vorherzusagen. Nicht auszuschließen ist, daß Schleusungen, die bisher an der deutsch-tschechischen Grenze gewaltfrei verliefen, künftig auch von Aggressionen begleitet werden... Auch darauf sei man vorbereitet", meint der Leiter des GSA in Pirna. (ebda.)

Diesen deutlichen Kommentar zum friedensstiftenden Gehalt der deutschen Asylgesetze ,muß man ergänzen.

Den Folgen der Konstruktion „sicherer Drittstaaten" und der damit zusammenhängenden Zurückschiebungsmechanik, ist nur durch konsequent illegales Verhalten zu entkommen, um minimalen Rechtsschutz im Landesinneren wahrnehmen zu können.

Seiters berichtet zwiespältig. Besonders die Wärmebildtechnik sei sehr geeignet zum Aufspüren illegaler Grenzgänger. Allerdings halte der Einwanderungsdruck unvermindert an; 29.193 illegale Einwanderer seien aufgegriffen worden - eine Steigerung gegenüber den ersten fünf Monaten 1992 um sage und schreibe 233 Prozent. Über **gestiegenen** Druck sagen diese Zahlen nichts, eher sind sie ein Hinweis auf verstärkte Zurückweisung an den Grenzen und dichtere Kontrollen. Auch Seiters sieht einen erheblichen Aufgabenzuwachs auf die Grenzschützer zukommen; nicht nur Zurückweisungen an den Grenzen selbst würden ins Uferlose gehen, sondern auch die Zurückschiebungen derjenigen, die aus sicheren Herkunftsländern und über sichere Drittstaaten eingereist sind.

„Es ist daher unabdingbar, neben Maßnahmen im taktisch-operativen Bereich und der technischen Ausstattung vor allem das Personal für die Grenzüberwachung erheblich und auf Dauer zu verstärken." (Wir vom BGS 4/93).

Einige Etagen darunter, bei einer Gesprächsrunde in Ebersbach an der tschechischen Grenze Staatssekretärs Lintner, dem Bürgermeister von Ebersbach, dem Landrat von Löbau, Kommunalvertretern, Vertretern von Polizei, Zoll und BGS, tschechischer Grenzschutzbehörden und Bürgerinnen und Bürgern, werden weitere Schlußfolgerungen erläutert:

Die Telekom bietet grenznah wohnenden Bürgern Funktelefone zu „Konditionen eines Normalanschlusses" an; zugesagt wurde intensiverer Personaleinsatz und **„auch an begrenzte Grenzsicherungsanlagen wurde gedacht.**" (ebda.)

Die Illegalisierung aller „Fremden" an den Grenzen wird den Jagdeifer der Einheimischen noch anheizen und die Konflikte zwischen Bewohnern der Grenzregionen diesseits und jenseits der Landesgrenze verschärfen.

Frontabschnitt B wie Bürokratie

Apartheid als Service-Leistung

Beispiel Frankfurter Flughafen, nach Schengen ebenfalls Außengrenze.

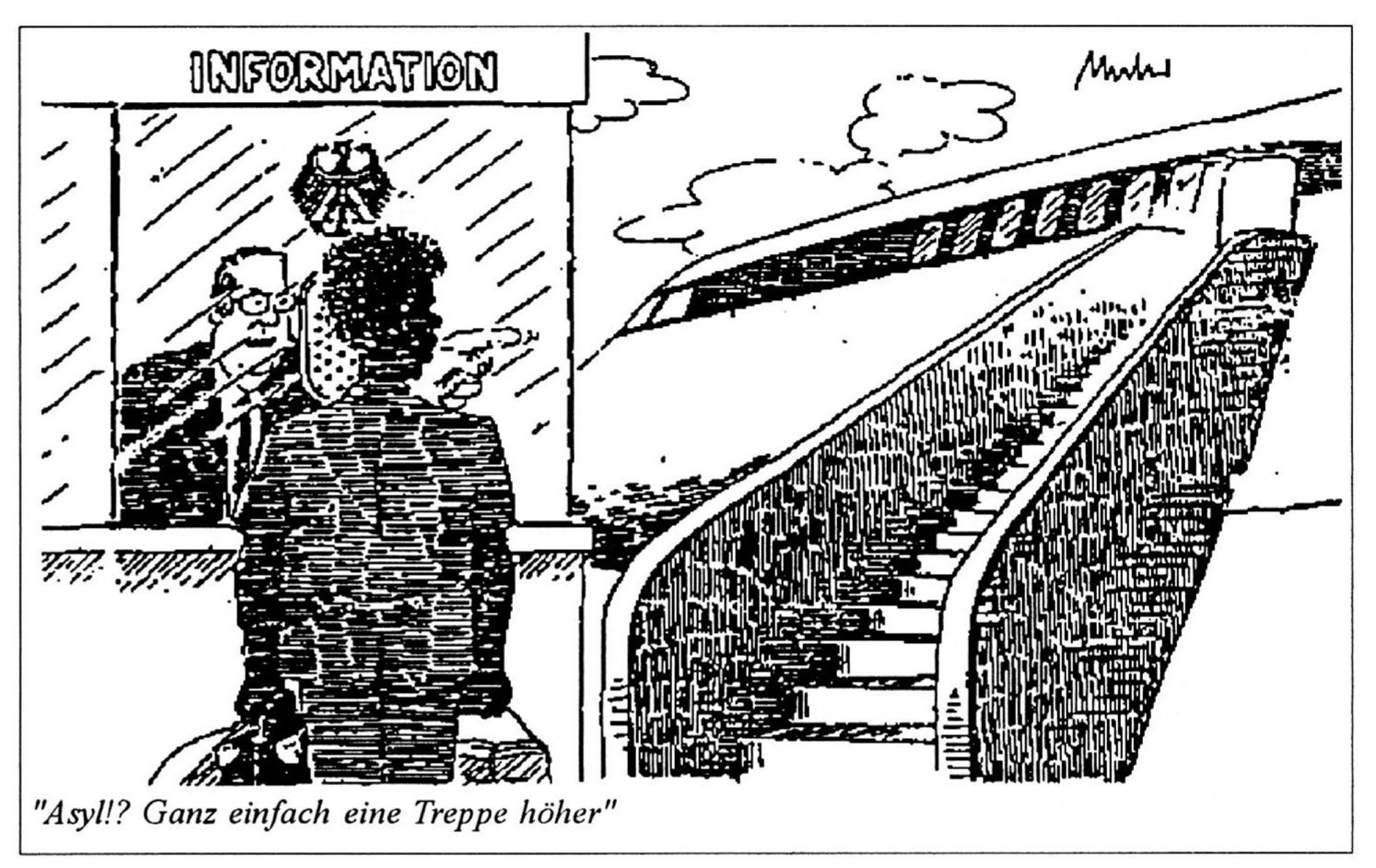
Bei der Bundestagsdebatte um die Ratifizierung der Schengen-Anpassungsgesetze wurde einer breiteren Öffentlichkeit ein neues Modell der automatisierten Grenzkontrolle bekanntgemacht. Als „Service-Leistung" bezeichnet, deshalb auch schon als „Vielflieger-Datei" deklariert, soll ein biometrisches Verfahren der Grenzkontrolle eingeführt werden. Ziel ist, den Westeuropäern „auf absolut freiwilliger Basis" Fingerabdrükke und biometrische Daten - Länge der Finger, Größe der Hände - abzunehmen, sie zu speichern, um diesen Fluggästen dann eine Schnellschleusung am Flughafen zu ermöglichen. Schengen schreibt eben strenge Kontrollen an den Außengrenzen vor mit der Folge langer Wartezeiten. Durch das neue Verfahren wird Apartheid eingeführt. Hier die schnellen „smart-card-Europäer", dort die Drittausländer...

Die Grenzschutzdirektion Koblenz beschreibt Funktion und Verfahren so.

„Vor Benutzung der automatisierten

Kontrolleinrichtungen muß jeder Teilnehmer erfaßt werden. Die Erfassung erfolgt durch Kontrollbeamte des BGS.... Nach der maschinellen Aufnahme der Personalien ... erfolgt eine fahndungstechnische Abfrage und die Überprüfung der Einreisevoraussetzungen ...Sofern gegen den Reisenden weder Ein- noch Ausreisebedenken bestehen, werden die Personenangaben aus dem maschinenlesbaren Dokument sowie die biometrischen Daten, die zur Identitätsfeststellung benötigt werden, erfaßt und zentral gespeichert."

Aufgebaut sind dann Schleusen mit zwei Drehtüren. Vor dem zweiten Drehkreuz ist der Leser für die biometrischen Daten installiert. „Die aktuellen biometrischen Daten werden mit den bei der Erfassung der Person gespeicherten Daten verglichen und zugleich die Temeperatur des vorgelegten Fingers oder der vorgelegten Hand gemessen. Bei Übereinstimmung der biometrischen Daten und negativer Fahndungsauskunft wird auch das zweite Drehkreuz geöffnet."Für die Teilnahme an dem Verfahren der automatisierten Grenzkontrolle wird von jedem Teilnehmer eine einmalige Gebühr erhoben.



"Asyl!? Ganz einfach eine Treppe höher"

Frankfurt ist Pilotprojekt. „Bei positiver Grundentscheidung ist die Einführung von Vorrichtungen auf allen großen Flug- und Seehäfen Deutschlands vorgesehen ..."

Derartige Verfahren werden derzeit geprüft in Australien, Kanada und in Großbritannien. Seit dem 1.April wird es in New York praktiziert und auch die Niederländer arbeiten in Amsterdam damit.

Gedacht ist an eine schrittweise Einführung. Erst dürfen EG-Staatsangehörige teilnehmen, dann auch Reisende aus Drittstaaten mit „keinem oder nur geringem Einwanderungsrisiko und (möglicherweise EFTA-Staaten und eventuell weitere Staaten)".

Frontabschnitt Ü wie Überall

Frankreich legt neue Paß- und Einwanderungsgesetze vor und intensiviert die Jagd auf Illegale, verschärft die Grenzkontrollen. Griechenland organisiert derzeit die zweite große Abschiebewelle. Tausende von Albanern werden nach Albanien zurückgeschickt. Belgien und die Niederlande treffen Rückschiebevereinbarungen, nachdem es zu Differenzen über die Zuständigkeit für „Illegale" gekommen ist. Die Niederlande richten eine neue Grenzschutztruppe, sogenannte „fliegende Brigaden" ein. Im Mai schlossen Polen und die Tschechische Republik einen Vertrag über die Rücknahme von Flüchtlingen, Großbritannien will im Juli noch die Asylgesetze verschärfen. Dänemark erwägt Visumzwang für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina. In Schweden fordert der Oberbefehlshaber der Armee im Februar 93 die Einrichtung einer Grenzschutztruppe gegen „Flüchtlinge , Terrorismus und Verbrechertum". In Portugal gibt es im März 93 ein neues Ausländergesetz. Danach kann jeder Ausländer, der ohne gültige Papiere aufgegriffen wird, binnen 48 Stunde abgeschoben werden. In Marokko wird im Januar 93 die Küste mit einem massiven Polizei- und Militäraufgebot abgeriegelt, um Ausreisen zu verhindern. Die spanische Guardia Civil richtet in Tanger ihren ersten extraterritorialen Polizeiposten ein ...

Harmonisierung in Ost und West

Schwierigkeiten auf EG-Ebene, ein gemeinsames Asylrecht oder gar Einwanderungsregelungen zu formulieren, dürfen diesen realen Stand der Harmonisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Westeuropa nicht vergessen lassen.

Im Inneren Westeuropas verschlechtert sich dadurch die Lage der Ausländerinnen und Ausländer unabhängig von ihrem rechtlichen Status zusehends. Mit der Abschottung wurde Rassismus und Diskriminierung nicht die Basis entzogen, sondern neue Nahrung und Betätigung gegeben. Jagd auf Illegale ersetzt Haß und Ablehnung der AsylbewerberInnen. Und so wie die Asylinfrastruktur mit Behörden, Sonderdezernaten, Lagern und Heimen die Ausgrenzung sichtbar gemacht hat, zieht auch die weitere Illegalisierung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen eine neue Struktur nach sich: Sonderpolizeitruppen, Razzien und Abschiebeknäste. Das Schergensystem produziert ja nicht nur die oben beschriebene smarte Apartheid durch unterschiedliche Kontrollanforderungen, sondern es produziert auch Abschiebelager an den Flughäfen - Schönefeld und Frankfurt sind Vorreiter. Sichtbar, erfahrbar, ablehnbar für die eiligen Reisenden aus Europa werden „die Fremden" durch Polizeimacht festgehalten. Die erzwungene Konzentration der Illegalen in Abschiebelagern, deren Aufbau derzeit mit die wichtigste Vorbereitung der Länder auf die neuen Asylgesetze ist, führt deutlich vor Augen, daß sie „eigentlich" nicht hier sein dürfen. Und das ist immer noch wichtigster Motor rassistischer Exzesse.

Frontabschnitt OK Organisierte Kriminalität: Schlüssel zum Protektorat

Die Umwandlung des Asylrechts in einen Flucht und Migrationsabwehrmechanismus ist eingebettet in ein umfassendes und differenziertes System von Maßnahmen, Abkommen und Zusammenarbeitsregelungen, die im Windschatten der heftigen öffentlichen Debatten problemlos durchgesetzt werden konnten.

Bedrohungsszenarios über „unkontrollierte Wanderungsbewegungen" lösten die Propaganda der Freizügigkeit als Menschenrecht schnell ab.

„Es ist fast wie in den <alten> Zeiten. Kurz bevor der Expresszug aus Warschau auf dem Bahnhof Frankfurt/Oder eintrifft, wird der Zugang zum Bahnsteig abgeriegelt. In der Mitte des langen Bahnsteigs ein hoher Zaun. An den Aufgängen verschlossene Gittertore mit Wachpersonal. Kaum ist der Zug eingefahren, wird er gründlich durchsucht. Deckenplatten werden abgeschraubt, mit Leitern wird in die verwinkeltsten Ecken geguckt. Gesucht wird nicht nur nach Schmuggelzigaretten, sondern verstärkt nach <Illegalen>, Grenzgängern, die unerkannt ins Land kommen wollen ..." Schreibt heute die Zeitschrift „Polen und wir" (2/93).

Unter Federführung des deutschen Innenministers beschäftigte sich die deutsche Diplomatie in den letzten drei Jahren vor allem damit, die „illegale Zuwanderung" als elementare Bedrohung der inneren Sicherheit und Stabilität hochzustilisieren und mit organisierter Kriminalität, Schmuggel und Schleusertätigkeit zu verknüpfen. Und dieser Mix wurde wesentlicher Verhandlungsgegenstand bi- und multinationaler Treffen mit v.a. mit den östlichen Nachbarn.

„Grenzüberschreitende Kooperation der Sicherheitsbehörden" (Eduard Lintner, Parlamentarischer Staatssekretär des Inneren auf der Fachkonferenz der Inneministerkonferenz am 11./12.3.93 in Potsdam) beschäftigt sich ...mit Asyl und Einwanderung an herausragender Stelle. Denn „die illegale Zuwanderung stellt heute eine fundamentale Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aller betroffenen Staaten dar. Sie fördert sowohl Kriminalität als auch die illegale Beschäftigung, polarisiert und ist insgesamt geeignet, das äußere Erscheinungsbild der politischen Stabilität unserer Gesellschaften empfindlich zu stören." (Lintner, ebda.).

Die Zusammenarbeit gegen „organisierte Kriminalität" bildet denn auch den Unterbau unter alle bi- und multilateralen Abkommen mit den östlichen Nachbarn. Sie erzwingen repressive Grenzregime und wirken weit in die Innenpolitik der jeweiligen Partnerstaa-

ten hinein und wirken sich praktisch v.a gegen Flüchtlinge und MigrantInnen aus.

Festgeklopft sind diese Grundsätze inzwischen in einer langen Reihe von bilateralen Abkommen:

Ungarn (1991), der damaligen Sowjetunion(1991), Polen (1991), Bulgarien (1992), CSFR (1992).

In allen Abkommen wird unter „organisierter Kriminalität" und Drogenkriminalität auch die **illegale oder unerlaubte Einschleusung** von Personen und Schleuserkriminalität, gelegentlich auch noch Terrorismus genannt.

Fast gleichlautend vereinbaren diese Abkommen den Austausch auch personenbezogener Daten, regelmäßige Konsultationen auf zentraler Ebene nicht nur im politischen Bereich, sondern auch zwischen den Kriminalpolizeien, dem Zoll und den Grenzpolizeien und die Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen für Analyse und Gegenmaßnahmen gegen Schleuser(organisationen).

Rund ein Drittel aller bundesdeutschen Ausrüstungs- und Ausstattungshilfen der Polizei gehen an die „osteuropäischen Reformstaaten" (im einzelnen: Heiner Busch, Cilip 3/91). Außerhalb der Abkommen zur Zusammenarbeit gibt es weitere Gelder. Zusätzlich zu den bereits genannten kommen in einen solchen Genuß Lettland, Estland, Litauen. Die Zahlungen dienen „als außenpolitisches Instrument ...dazu, die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in den Empfängerländern durch Hilfeleistungen bei der Befriedigung staatlicher Grundbedürfnisse auf dem Gebiet der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu fördern." (Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/ LL im Bundestag).

Die neue Ostpolitik der BRD mausert sich zur Protektoratsverwaltung.

Internationale Absicherung als Grundprinzip

Alle diese Initiativen der Bundesregierung werden unter größtmöglicher und gezielter internationaler Absicherung vorgetragen. Konferenzen, Fachkonferenzen (z.B. deutsche Innenministerfachkonferenz zum Thema „grenzüberschreitende Bekämpfung der organisierten Kriminalität" mit TeilnehmerInnen aus Polen, Rußland und Ungarn im März 93) bi- und multilateraler Verhandlungen sind die Foren. Oberstes Ziel der Bundesregierung, bzw. deren Vertretern ist es, ihre Grundkonzeptionen und Sichtweisen zum Maßstab der jeweiligen Beschlüsse zu machen und Maßnahmen(kataloge) daran auszurichten.

Die **Budapester Konferenz** (15./16.Februar 93) kann als Meilenstein und Paradebeispiel gelten. In den dort verabschiedeten Empfehlungen der 34 Staaten Europas mit Kanada und Argentinien als Beobachter heißt es: „Es wird empfohlen", daß die vollendete und versuchte Schleusertätigkeit, einschließlich der Anstiftung und Beihilfe dazu eine strafbare Handlung ist; daß „die auf Gewinn gerichtete und organisierte Schleusertätigkeit besonders behandelt wird; daß die durch Schleusertätigkeit erzielten direkten oder indirekten Einnahmen für konfisziert erklärt werden können; ...daß solche Transportmittel wie zum Beispiel Kraftfahrzeuge, Schiffe oder Luftfahrzeuge, die Schleusern oder ihren Mittätern gehören (!) oder (!) für Schleusertätigkeit genützt werden, eingezogen werden können ..." Es werden Maßnahmen gefordert „zur Bekämpfung der Beschäftigung von Fremden, von denen bekannt ist, daß sie illegal eingereist oder geblieben sind oder die zur Arbeitsaufnahme nicht berechtigt sind ..." Die ebenfalls beschlossenen „speziellen Einheiten zur Bekämpfung der Schleusertätigkeit" bekommen umfassend ihren Status und die Grundzüge der Organisationsstruktur sowei einen Verfolgungskatalog vorgeschrieben.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen wird von einer von den Deutschen initiierten Arbeitsgruppe „begleitet", sprich kontrolliert und ggf. modifiziert.

Es liegt auf der Hand, daß alle diese Empfehlungen - die Liste ist erheblich länger - umfassende innerstaatliche Regelungen organisatorischer und gesetzlicher Art erfordern. Nur so können Maßnahmen, Polizei und Jusitz kompatibel gemacht werden.

Vorgeschlagen wurden den Teilnehmerstaaten auch standardisierte Übereinkommen, orientiert am Hauptziel, rückübernommene „illegale Einwanderer" „ohne Verzug in ihr Ursprungsland oder in das Land, in dem sie ihre Reise begonnen haben, zurückzuführen.

Staatssekretär Vöcking kommentierte diesen Teil der Verhandlung klassisch: es ging um Transportkapazitäten, Unterbrinung, verwaltungsmäßige Hilfe bei der Abwicklung der Zurückführung ...

Und hier wird sich der Kreis schließen. Je größer die Zahl der in dieses System eingebauten Staaten sein wird, desto höher wird der Druck steigen, schon die Ausreise aus den jeweiligen Ländern zu verhindern, bzw. zu erschweren. Und was im Zentrum Europas als Asyldebatte geführt wurde und wird, wird im entfernteren Osten enden in der Verhinderung der Freizügigkeit.

So lauten die neuesten Meldungen denn auch, daß die Tschechische Republik ihre Grenze zur BRD elektronisch sichert, daß Polen mit Bulgarien ein Rückübernahmeabkommen abschließt, das in einer Reihe der Abkommen mit der BRD, Österreich, Tschechischer Republik, Slowakei, der Ukraine und Rumänien steht...

„Es handelt sich dabei", begründet der tschechische Innenminister Ruml die praktischen Schritte gegen „Asylmißbrauch" und „illegale Wanderung", die verschärfte Grenzsicherung also, „um die Frage, wer eigentlich zu Europa gehört." (TAZ, 17.2.93)

Oder andersherum, wer zu „Europa" gehören will, muß sich dem westeuropäischen Diktat in Sachen Wanderungsbewegungen unterwerfen, muß kollaborieren. Der Wille zur Kollaboration wird gefördert durch die Furcht, vom „Transitland zum Zielland" zu werden - die Folge der BRD-Politik. Und die Folge ist wachsende Ausländerfeinlichkeit in allen betroffenen Ländern...

Und schon wird daran gearbeitet, den Flüchtlings- und Migrationsabwehrmechanismus auf den Nordosten/Ostseeraum zu übertragen. Themen einer Arbeitsgruppe des Ostseerates (Dänemark, BRD,Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden der EG-Kommission) u.a.

- Verhinderung illegaler Wanderungsbewegungen
- Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Drogenhandels...

Flüchtlinge und MigrantInnen sind zu dem entscheidenden Problem der Inneren Sicherheit und Stabilität (West-) Europas gemacht worden - ein großer Teil der BürgerInnen hat erwartungsgemäß mit Rassismus, ein kleinerer Teil mit mörderischer Gewalt reagiert. Es gehört zum Zynismus dieser Politik, daß das genutzt wird, um das System zu exportieren und zu perfektionieren.

Uns erwartet in den kommenden Wahlkämpfen eine Kampagne zur Inneren Sicherheit der Herrschenden, in der hemmungslos die Ernte aus der Asyl- und Flüchtlingskampagne eingefahren werden soll: ausländische Banden, grenzüberschreitende Kriminalität, kultureller und Wertezerfall, vermischt mit einer populistischen Angstkampagne allgegenwärtiger Bedrohung - das ist das Rezept.

Aufbruch '94

Unter dem Namen „Aufbruch '94 - Deutscher Freier Wählerbund" hat sich am 13. 5. 93 ein Verein gebildet, der als Vorläufer einer neuen Parteigründung gedacht ist. Vorsitzender ist der ehemalige Rep-Stellvertreter und Mitglied des Europaparlaments **Emil Schlee**, sein Stellvertreter der ehemalige Konteradmiral **Günter Poser**. Ein vorläufiges Programm bietet nichts eigentlich Neues. Deutsche Politik soll Vorrang haben, statt Parteifunktionären sollen „Fachleute für die Führung der Regierungsgeschäfte" eingesetzt werden. Innere Sicherheit und Kampf gegen Asylmißbrauch werden ebenso angesprochen wie der Schutz der Familie. „Wir verurteilen die Zerstörung der Familie durch ein neues Namensrecht." Gewerkschaften und Medien sollen an die Kette gelegt werden. Schlee versucht, mit einer eigenen Partei auf das Wahlkarussell '94 aufzuspringen. Viel wird es wohl nicht werden.

Auf Dummenfang

Als "Partei der Nichtwähler"(PDN) stellte sich in Hannover im Juli eine Gruppe vor, die die Mobilisierung von Parteiverdrossenen zum Ziel hat. Die Gründer der PDN , allesamt ehemalige REP-Funktionäre, von der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung " (HAZ) als "biedere Bubis" bezeichnet, versuchen mit dieser Gründung offensichtlich erneut, wahlpolitische Bedeutung zu erlangen. Der PDN-Vorsitzende Andreas Dimpfel und der Ehrenvorsitzende Eberhard Klas werden mit diesem durchsichtigen Manöver aber wohl genauso scheitern wie mit dem Vorläufer der PDN, den "Demokratischen Republikanern Deutschlands": "Abstrafen durch Nichtwählen, 0,0 Prozent als größter anzunehmender Erfolg der Nichtwähler-Partei" - so die HAZ.

Birgit Rüßmann

„Wir müssen alle doppelt arbeiten."

Meine Ausführungen betrachte ich als einen Beitrag, dem teilweise ideologisch bedingtem Realitätsverlust in der Faschismusanalyse entgegenzuwirken. Ansatz dabei ist die Auswertung alltäglicher Beobachtungen.

Bekanntlich können frustrierende Lebenswelten, die geprägt sind durch Gewalterfahrung, Vernachlässigung und Langeweile gerade bei Jugendlichen aggressive Verhaltensmuster hervorrufen, die auch bis zum Mord führen. Sie sind aber nicht Ursache von Rassismus und Nationalismus oder einer anderen Gesinnung. Denn diese „Vorlieben" sind genau wie der Impuls Sündenböcke zu suchen nicht an materiell oder sozial ungünstige Lebensumstände gebunden. Auch bei Wohlhabenderen ist die allgemeine „Asylantenflut"-Hysterie festzustellen. Als Aids noch Medienthema Nr. 1 war, wurden Fixer, Homosexuelle und Prostituierte als größte Bedrohung angesehen. Auch sie sind die Fremden.

Fremdenfeindlichkeit ist bei einer beträchtlichen Anzahl von Individuen latent vorhanden und bricht, verstärkt durch Frustrationen hervor, wenn eine allgemeine Akzeptanz durch das Umfeld erwartet werden kann.

Noch besorgniserregender ist das Phänomen, daß Menschen sich nach jahrzehntelanger Neutralität von dem „Virus" Ausländerfeindlichkeit anstecken lassen.

Rassisten sind nicht in erster Linie Opfer wie es uns Pädagogen immer noch weismachen wollen. „Rechtsextremismusexperte" Heitmeyer geht in einem Interview (die Quelle 10/92) inzwischen davon aus, daß Rechtsradikale nicht zu überzeugen sind. Die Ursachen für Rechtsextremismus sieht er unverändert in den „Mustern der Desintegration" und „es geht nicht um die Fremden". Da Linke genauso von Arbeitslosigkeit betroffen oder Opfer ihrer Sozialisation sind und ebenfalls in Milieus aufwachsen, die keine festen Werte und Normen vorgeben, um was geht es dann, wenn nicht um die Fremden?

Wir finden in allen europäischen Ländern trotz unterschiedlicher historischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Bedingungen und auch in Osteuropa ohne Unterbrechung durch den „Realen Sozialismus" einen festen Bestandteil rassistisch denkender Menschen.

Nach Bekenntnissen von jungen FaschistInnen sind diese nicht von FAP oder DVU verführt worden, sondern haben sich schon bei der ersten Begegnung zutiefst bestätigt gefühlt. Die TäterInnen sind Auszubildende, auch besonders strebsame, Arbeitslose und SchülerInnen, die nachmittags Langeweile haben. Die Eltern und Großeltern sind alte Nazis oder Mitglieder der SPD oder PDS. Es eint sie die Freude an der Gewalt und der Haß. Der Bruch verläuft besonders dramatisch zwischen Eltern und Kindern und zwischen Geschwistern, wenn Eltern oder Großeltern NazitäterInnen waren. Nicht selten reagiert das eine Kind auf die familiäre Vergangenheit mit tiefen Schuldgefühlen und antifaschistischem Engagement, während das andere voller Trotz endlich stolz sein will, deutsch zu sein (s. Peter Sichrovsky: „Schuldig geboren").

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Beobachtungen für antifaschistische Strategien?

Die Linke muß sich verstärkt dem Wettbewerb um die Meinungsführerschaft stellen, um ein weiteres Abdriften der Bevölkerung zu verhindern und langfristig einen Umschwung herbeizuführen. Ich weiß, das ist leicht gesagt. Trotz allgemeiner Perspektivlosigkeit wollte ich den wesentlichsten Punkt nicht unerwähnt lassen.

FaschistInnen sind in der politischen Auseinandersetzung nicht zu überzeugen. Unter anderem deshalb plädiere ich für ein Verbot aller neofaschistischer Organisationen und die strafrechtliche Verfolgung jeder neofaschistischen Propaganda. Da FaschistInnen sich schon längst in Opposition zum Staat befinden, werden diese Maßnahmen sie nicht einschüchtern, aber ihre organisatorische und propagandistische Arbeit behindern. Ein Verbot wäre endlich ein Signal der Ächtung. Es gilt ins allgemeine Bewußtsein zu heben, daß Rassismus eine sittenwidrige, menschenverachtende Haltung ist und daß es deshalb keine Akzeptanz geben darf, so wie es heute undenkbar wäre, daß die Öffentlichkeit eine Partei der Kinderschänder zulassen würde. Alles zu tolerieren, wenn es sich nur einen politischen Namen gibt, halte ich für falsches Demokratieverständnis.

Als eine Variante antifaschistischer Arbeit wird sozialpädagogische Betreuung praktiziert. Dabei regen Sozialarbeiter Jugendliche aus unterschiedlichen Gruppen zu Begegnungen und Zusammenarbeit an, um auf diesem Weg Gewaltbereitschaft abzubauen und destruktive Energien in kreative Aktivitäten zu kanalisieren.

Grenzen und Wirksamkeit zeigen sich beispielsweise an einem Schulprojekt in Bremen (Pädagogik gegen Rechts? Hg. SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen). Die SchülerInnen filmten Diskussionsrunden, an der linke und rechte Gruppierungen an der Schule teilnahmen. Folge war, daß die rechte Anhängerschaft sowie deren Gewalttätigkeit rapide abnahmen, auch unter dem Nachwuchs. Ein harter Kern, durch verstärktes Saufen und Prügeleien untereinander sich selbstzerstörerisch verhaltender Neonazis blieb übrig. Nach einem Jahr entwickelte sich allmählich eine neue Anhängerschaft unter den ganz Jungen.

Ein weiteres Projekt finden wir in dem Wuppertaler „Nachbarschaftsheim e.V." (wub - was uns betrifft 2/92).

Der Verein versucht, in einem Stadtteil von 25% AusländerInnenanteil mit Hilfe von 30 MitarbeiterInnen und einer Reihe von Angeboten für alle Altersgruppen sich auf die „multikulturelle Herausforderung der Wohnkultur" einzustellen. Probleme zwischen den Nationalitäten gibt es bei den Jüngsten keine. Die Abgrenzung, das Nebeneinander, die Gruppenmentalität beginnt irgendwann im jugendlichen Alter, so ab 13, 14, 15. Im Jugendzentrum „Offene Tür" treffen sich abends in der Hauptsache junge Türken. Diese meinen, daß es in ihrem Stadtteil noch keine Probleme gibt, hätten zu einem großen Teil die Angebote des Nachbarschaftsheimes bewirkt. Die Erwachsenen verschiedener Nationalitäten verhalten sich noch weit distanzierter zueinander als die Jugendlichen.

Daraus schließe ich, daß Strukturen, die Pädagogen im Schulbereich oder auf Stadtteilebene installieren, um multikulturellen Utopien näherzukommen und Konfliktpotentiale zu entschärfen, ihren künstlichen Charakter behalten und zu ihrer Aufrechterhaltung viel Kraft kosten. Aufklärung, Verbote und Therapie sind jedoch genauso wie der Schutz von Flüchtlingen und Demonstrationen in ihrer Begrenztheit wesentliche Bestandteile antifaschistischer Arbeit.

Abschließen möchte ich mit dem Eindruck eines VVN-Kameraden aus einer erst positiv verlaufenen Film- und Diskussionsrunde mit 12- bis 13-jährigen. Die Veranstaltung kippte, als von bettelnden Sinti und Roma die Rede war: „Wir müssen alle doppelt arbeiten."

Das Letzte

Ein Hitler-Bild sei - ohne propagandistische Zusätze - kein nationalsozialistisches Symbol oder Kennzeichen, das unter das gesetzliche Verbot falle, so ein Urteil des Frankfurter Amtsgerichts. Mit dieser Begründung wurde die Klage eines ausländischen Kunden einer Autowerkstatt abgelehnt. Der Werkstattinhaber hatte das Hitler-Porträt in seinem Büro aufgehängt. Damit habe - so das Gericht weiter - der Besitzer das Bild aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Büro einer Autowerkstatt gelte, trotz möglicherweise regen Kundenverkehrs, nicht als "öffentlicher Raum".

Devotionalien-Händler

Roman Dannenberg, Ex-Landesvorsitzender der verbotenen „Deutschen Alternative" (DA) in Sachsen, macht mittels Anzeige im bundesweit vertriebenen Skin-Blättchen „Moderne Zeiten" auf sich aufmerksam; in „Sachen Shirts" will sein „Textildesign & Versand" die „Nr.1!" sein. Im Angebot des kleinen Geschäftemachers und Möchtegern-Freys im nationalen Lager sind T-Shirts wie „Odins Volk-Germania".

Raimund Hethey

Heute gehört uns die Straße ...

Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene. Einleitung von Ralph Giordano, Düsseldorf u.a.: Econ 1993, 398 S., Abbildungen, 39,80 DM.

Wer den Film von Schmidt „Wahrheit macht frei“ gesehen hat, kann jetzt in seinem Buch einiges über die Hintergründe der „Drahtzieher“ im Netz der Neo-Faschisten nachlesen. Schmidt schildert seinen Zugang zu der Faschisten-Szene und die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Reporter, der über die Szene aufklären will, und einiger ihrer Protagonisten im umfangreichsten ersten Kapitel. Je tiefer Schmidt in das Netz eindringt, um so intensiver werden auch seine persönlichen Beziehungen. „Nach einer intensiven Zeit der Recherche, in der mir beide tiefe Einblicke in die Extremwelt der neuen Nazis ermöglicht hatten, wäre es falsch, die menschliche Nähe, die sich dabei entwickelte, zu verschweigen. Es gab Momente, in denen die Grenzen verschwammen, in denen Sympathie aufkam, besonders gegenüber Ge-



rald Hess.“ (S. 142) Die Erkenntnis, daß Faschisten auch Menschen sind, ist keineswegs neu. Sie ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Antifa-Arbeit. Menschliche Nähe zu Faschisten darf nur nicht dazu führen, daß man mit ihnen sympathisiert und dadurch ihre politischen Aktivitäten verharmlost werden. Der Schriftsteller Erich Fried hatte vergeblich versucht den Neo-Faschisten **Michael Kühnen** von seinem Antisemitismus zu befreien. Nach Zusammentreffen von **Kühnen** und Fried nutzte Kühnen diese Auftritte für die Aufpolierung seines Images. Neo-Faschisten, die nach Macht und Einfluß streben, lassen sich nicht überzeugen, sondern pflegen einen taktischen Umgang mit ihren politischen Gegnern.

In einem ausführlichen Kapitel analysiert Schmidt den gesellschaftlichen Hintergrund neofaschistischer Aktivitäten. Was scheinbar viele schon vergessen haben, das läßt Schmidt in dem Abschnitt „Zur Lage der Nation“ noch einmal Revue passieren: die Hitler-Welle in den siebziger Jahren, das Hofieren von **David Irving** durch den SPIEGEL, dessen Anstellung des **Goebbels** Sekretärs **Wilfried van Oven** als Auslandskorrespondenten kurz nach der Niederlage des deutschen Faschismus noch frühere Spuren der Zusammenarbeit des Deutschlandmagazins mit Faschisten zeigt oder die Verbrüderung von Reagan und Kohl an den Gräbern der Waffen-SS in Bitburg sowie der sogenannte Historiker-Streit, der Mitte der achtziger eine Reihe von pseudowissenschaftlichen Versuchen der Geschichtsverfälschung im Sinne der „Reinheit der deutschen Nation“ einläutete, deren eines highlight war der Auftritt des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger, der die Verbrechen von **Adolf Hitler** mit einer „schlechten Kindheit“ entschuldigte. Auch der Alt-Bundeskanzler der SPD, Helmut Schmidt, spielt eine Rolle, die spätestens mit seiner Anwesenheit im Volksgerichtshof des **Roland Freisler** bei der Verurteilung des bürgerlich-konservativen Widerstands gegen Hitler nach dem 20. Juli begann und für den nach einem Zitat des Filmemachers und Buchautors Schmidt aus einem FR-Interview nach Rostock die Gesellschaft immer noch „entartet“. Der amtierende Kanzler Helmut Kohl findet eine berechtigte Erwähnung mit seiner Staatsnotstandserklärung wegen angeblicher „Flüchtlingsströme“ und Amigo-Streibls Absage, an der Großdemo in Berlin gegen „Ausländerfeindlichkeit“ teilzunehmen, runden die Gesamtschau des gesellschaftlichen Ensembles bis zum Jahre 1993 ab, in dem die Neo-Faschisten fast ungehindert ihren politischen Geschäften nachgehen können. Klar, daß auch die Braunzonen-Aktivitäten zunehmen, daß sich Zirkel innerhalb der Unionsparteien bilden, die noch mehr „Konservatives“, noch mehr „Rechtes“ wollen. Aber auch über die Braunzone hinaus kann Schmidt Fälle von geistiger Arbeit benennen, die den Neo-Faschismus durch ihre Verharmlosung erst richtig zu seiner vollen Entfaltungsmöglichkeit treiben, wie der unsägliche Beitrag des „linksalternativen“ Journalisten Klaus Hartung gegen den „Alarmismus“ von AntifaschistInnen.

Im letzten Kapitel „Im Netzwerk“ zeichnet Schmidt die internationalen Beziehungen der Faschisten nach. Es ist der spannendste Abschnitt, weil in ihm bisher noch zu wenig beachtete Verbindungen aufgedeckt werden und klare Bezüge der Revisionisten-Clique zu faschistischen Terrorgruppen benannt werden und an Beispielen gezeigt wird, wie international gesuchte Terroristen durch das „safehousing“ bei KameradInnen weltweit Unterschlupf finden können.

Manches gerät Schmidt leider zu voyeuristisch, ist dem Aufklärungsjournalismus zu sehr verpflichtet. So wird, um ein Beispiel zu nennen, die Ex-Frau von **Christian Worch** boulevardblattmäßig dargestellt: „**Worchs** Frau **Ursula**, attraktiv und kaltblütig, mustert mich argwöhnisch - sie haßt Journalisten. Ihr liegen eher „Revisionisten“ wie **David Irving**, mit dem sie sich auf einschlägigen Versammlungen stets angeregt unterhält. Wie man später hinter vorgehaltener Hand erzählt, soll Irving sogar einer der Gründe gewesen sein, weshalb sie sich von ihrem Mann trennt. That's life.“ (S. 334) Zu wem da wohl die vorgehaltene Hand gehörte?

Wie der Band „Drahtzieher im braunen Netz“, so weist auch Schmidts Buch zum Film einige Lücken auf. Zwei Jahre Recherchen zum Neo-Faschismus reichten noch nicht aus, z.B. die Rolle von Geheimdiensten aller Schattierungen, insbesondere die vom BND und vom VS im braunen Netz aufzuhellen. Wie auch? Schmidt verbeißt sich im Schlußwort an einem Projekt, das längst auf dem Misthaufen der Geschichte abstinkt: GLADIO. Das geheimdienstliche Schwert gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion, ist spätestens mit seiner Aufdeckung in der italienischen Öffentlichkeit ad acta gelegt. GLADIO stand für das Projekt der „Einkreisung der Sowjetunion“, nicht etwa als passive Verteidigungsstrategie, sondern als Präventiv-Waffe zuweilen mit den Mitteln der Sabotage und Diversion geschärft. Die modernisierte Variante dürfte im Bereich der Aufstandsbekämpfung und Aufstandssteuerung zur Abwehr eventueller Widerstandshandlungen gegen das reibungslose Funktionieren des Systems, für die Sicherung bürgerlicher Herrschaft liegen, die bestimmt nicht auf der Straße ausgefochten wird. In diesem Zusammenhang kommt den neo-faschistischen Gruppierungen eine Aufgabe zu, die man schon fast historisch nennen kann. So ist der dramatische Bezug Schmidts auf das Brecht-Zitat: „Der Schoß ist fruchtbar noch...“ durchaus angemessen, aber vor diesen Versen hat Brecht etwas geschrieben, was viele zitierfreudige gerne überlesen, die Klage Brechts darüber, warum solange passiv auf den Schoß gestiert wurde.

Sachwort- und Personenregister, sowie etliche,wenn auch teilweise schlecht reproduzierte Abbildungen machen auch diesen Band für die antifaschistische Bibliothek unverzichtbar.

Verein für das Deutschtum im Ausland

LUPE e.V./BUNTSTIFT e.V. (Hrsg.): Organisationsprofil: Verein für das Deutschtum im Ausland. Berlin 1993; ca. 200 Seiten; DM 20,-

Ein 200 Seiten starkes Organisationsprofil über den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) hat die LUPE-Studiengruppe in Zusammenarbeit mit Buntstift e.V. erstellt. Durch Aneinanderreihung verschiedenster Quellen wird die über 100jährige Geschichte des Vereins nachgezeichnet. Die Eingebundenheit des VDA ins rechte und rechtsextremistische Lager belegt das vorzüglich recherchierte Personenregister.

Bestellungen durch Überweisung von DM 20,- (+DM 2,50 Porto) auf das Konto 484793-108, BLZ 10010010, Postgiro Berlin oder durch Verrechnungsscheck an: LUPE e.V., PF 360123, 10971 Berlin

Peter Schulz-Oberschelp

Gewogen und für zu leicht befunden

Eine in den letzten Jahren „erheblich angewachsene Publikationstätigkeit der Rechtsextremisten“ soll der Grund gewesen sein, der die Düsseldorfer „Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf“ dazu veranlaßt hat, ein Buch über rechtsextremistische Publikationen herauszugeben. Neben einer kurzen Einführung, die versucht, inhaltliche Auswahlkriterien für die behandelten Publikationen anzugeben, liegt der Schwerpunkt auf 50 Kurzbeschreibungen, die die wichtigsten Angaben wie Herausgeber, Erscheinungsweise, Autoren usw. und ein paar Erläuterungen über den Inhalt jeder Publikation umfaßt.

Doch bereits bei den Auswahlkriterien hapert es. Da wird die Beschreibung des Verfassungsschutzberichtes von 1989 vorangestellt, um dann 7 Kennzeichen wie Rassismus, Nationalismus usw. als Merkmale aufzuzählen. Wieviele dieser Merkmale eine Zeitschrift aufweisen muß, um als eindeutig rechtsextremistisch eingestuft zu werden, wird nicht erklärt. Stattdessen werden alle Verfassungschutzberichte des Bundes seit 1982 durchkämmt und die so gefundenen Publikationen vorgestellt. Die der Arbeitsstelle vorliegenden Exemplare der besprochenen Zeitschriften scheinen stark begrenzt gewesen zu sein. Wie wäre es sonst zu erklären, daß wesentliche Informationen einfach „fehlen“. Als Beispiele seien hier genannt: Emil Schlee hat allein 1992 13 Artikel in Code veröffentlicht, Robert Hepp schrieb 1992 in der Jungen Freiheit, die Zeitschrift Credo wurde durch Preißinger's Nation abgelöst, die inzwischen von Bohlinger aufgekauft wurde, Mut interviewte 1992 beispielsweise Peter Ustinov, Marion Gräfin Dönhoff und Österreichs Außenminister Alois Mock. Alles Informationen, die nicht erwähnt werden. Daß beispielweise die gesamte Vertriebenenpresse fehlt, ist der Auswahlmethode geschuldet.

Aufbau und Intention des Buches erwekken den Eindruck einer insgesamt handwerklich sauberen Arbeit, die einen schnellen Überblick über das geben will, was so in der rechten Szene erscheint, über die, die dort schreiben und was sie schreiben. Und genau diesen Anspruch erfüllt das Buch nicht. Wer nur kurz 2 Ausgaben einer Zeitung von 1990 überfliegt, der erhält ein verkürztes Bild, dem müssen einfach viele Informationen entgehen. Wäre das Buch als, sagen wir, erstes Arbeitsergebnis einer geplanten umfangreichen Studie zum Thema erschienen, es hätte Freude gemacht. Da es jedoch den Eindruck erweckt, über Inhalte, Ziele und Taktik von 50 rechtsextremistischen Zeitschriften umfangreich zu berichten, ist es ein kleines Ärgernis. Wer sich inhaltlich über das Thema informieren will, muß weiterhin auf Siegfried Jägers 1988 erschienenes Buch „Rechtsdruck“ zurückgreifen. Und wer mehr als ein paar lückenhafte Informationen zum Thema wünscht, dem kann das Buch nicht empfohlen werden.

Astrid Lange, Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften, Beck'sche Reihe 1014, München 1993, 19,80 DM

Manfred Mahr

Auf dem Weg zur bürgernahen Polizei?

Der Polizeiforscher Norbert Steinborn und der Berliner Hauptkommissar Hilmar Krüger haben eine historisch-kritische Untersuchung der Berliner Polizei von 1945-1992 vorgelegt.

Nach seiner letzten Arbeit zur Hamburger Polizei 1945-1962 durfte man gespannt sein, zu welchen Ergebnissen Norbert Steinborn (diesmal in Zusammenarbeit mit Hilmar Krüger) bei seinen Forschungen zur Berliner Polizei kommen würde, zumal der Forschungsauftrag wenig später durch den Beitritt der ehemaligen DDR um eine interessante Variante erweitert werden mußte.

Die über 300 Seiten starke Untersuchung besticht durch ihre Detailfreudigkeit und das Ausmaß der verwendeten Quellen. So erhielten die Autoren nicht nur Zugang zum Staatsarchiv, sondern auch zu den Aktenbeständen im Berliner Polizeipräsidium und im Archiv der Deutschen Volkspolizei.



Zum Teil auch historisch begründet: Die Linke als Feindbild der Polizei.

Naturgemäß nutzten die Sowjets in der ersten Phase nach der Kapitulation ihre Präsenz in der deutschen Hauptstadt, um die Schlüsselstellen in der Berliner Polizei mit moskaufreundlichem Personal zu besetzen. Paul Markgraf, der sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ angeschlossen hatte, wurde von den Sowjets als erster Polizeipräsident Berlins nach dem Krieg eingesetzt. Sehr bald erkannten die Westalliierten die Notwendigkeit, ihren Einfluß in der Berliner Polizei zu sichern. Die Autoren werten denn auch die Auseinandersetzungen in der Alliierten Kommandantur um Organisation und Einfluß auf das Polizeiwesen als Einleitung der 1948 betriebenen Spaltung Berlins.

Während anfangs ehemalige Nazis keine Chancen hatten, in den Polizeidienst übernommen zu werden, setzte wenig später eine Entwicklung ein, die auch aus Westdeutschland bekannt ist. Bereits 1948 waren z.B. im britischen Sektor 25% der Polizeibeschäftigten durch ihre Nazivergangenheit belastet.

Zum Bruch der Alliierten kam es, als von den Westalliierten die Ablösung des kommunistischen Polizeipräsidenten und damit die Spaltung der Polizei betrieben wurde. Alliierte Vereinbarungen wurden gebrochen, Polizeibeamte wurden aus politischen Motiven entlassen. So wechselten kommunistisch orientierte Polizisten in den Osten, dort entlassene fanden im Gegenzug im Westen bei der Polizei Anstellung. Die Autoren sprechen denn auch ironisch vom kostenneutralen Personalaustausch. Aktenbestände wurden in Nacht- und Nebelaktionen wechselseitig über die Sektorengrenzen geschafft, bis schließlich durch die Übertragung der Währungsreform auf Westberlin am 23. Juni 1948 die Krise ihren Höhepunkt erreichte. Während in Ostberlin der Polizeipräsident Markgraf die Amtsgeschäfte ungerührt weiterführte, wurde im US-Sektor ein zweites Polizeipräsidium eingerichtet. Damit war die Spaltung praktisch vollzogen.

Für die wenig später einsetzende Militarisierung der Westberliner Polizei machen die Autoren vor allem die Westalliierten verantwortlich. Vor dem Hintergrund des 1950 mit Ausbruch der Kampfhandlungen in Korea einsetzenden Kalten Krieges waren kasernierte Polizeikräfte als Militärersatz gefragt. Bevorzugt wurden jetzt ehemalige Wehrmachtsoffiziere mit der Führung geschlossener Einheiten betraut. „Reithosen, Gamaschen und Nagelschuhe“ sollten das martialische Auftreten optisch unterstützen. Da eine Verweildauer in den geschlossenen Einheiten von drei



bis vier Jahren vorgesehen war, wurde bei der Polizei ein vom Bürgerkriegsszenario bestimmtes Rollenverständnis entwickelt, das fatale Folgen haben sollte.

Breiten Raum widmen die Autoren Erich Duensing, einem Troupier vom Scheitel bis zur Sohle, der zwölf Jahre als Kommandeur der Schutzpolizei das Bild der Polizei entscheident prägte, bevor ihm 1963 bis 1967 gar das Amt des Polizeipräsidenten übertragen wurde. Dank seiner Protektion fanden ehemalige SS-Angehörige Unterschlupf im Polizeidienst, so auch ein SS-Untersturmführer der Leibstandarte **Adolf Hitlers**.

Wie auch andere Untersuchungen stellen Steinborn und Krüger die folgenschwere Bedeutung des Art. 131 GG heraus. Durch diese Bestimmung wurden die Bundesländer verpflichtet, bis auf wenige Ausnahmen die im Wege der politischen Säuberung aus dem Polizeidienst entfernten Alt-Nazis wieder einzustellen. Eine Reihe von haarsträubenden Beispielen werden von den Autoren aufgelistet. So ist Mitte der 50'ger Jahre ausgerechnet einem ehemaligen Leibwächter **Himmlers** die Abteilung für politische Delikte übertragen worden; analog müßte man sich heute wohl einen Bodyguard Erich Mielkes als Leiter des Berliner Staatsschutzes vorstellen. Kommunisten hatten selbstredend keine chance bei der Westberliner Polizei.

Geradezu spannend wird es, wenn die Autoren auf die Studentenunruhen Mitte der 60'ger Jahre zu sprechen kommen. Insbesondere die Schilderungen rund um den 2. Juni 1967 (Anti-Schah-Demonstrationen, Tod Benno Ohnesorgs) lassen die innere Beteiligung der Verfasser bei allem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen jener Jahre durchschimmern. Wenn von der „Leberwursttaktik" Duensings zu lesen ist, von inszenierten Falschmeldungen, von geduldeten, wenn nicht sogar erwünschten Aktionen der Schlägertrupps des persischen Geheimdienstes SAVAK bis hin zum Tod Benno Ohnesorgs, dann spürt man, daß hier Einschnitte im Leben der Autoren verarbeitet werden.

Nachdem Erich Duensing wegen erwiesener Falschaussagen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zurückgetreten war und ein schwacher Nachfolger ein Jahr später ebenfalls das Handtuch werfen mußte, wurde mit Klaus Hübner, einem gewerkschaftlichen Gegenspieler aus den 50'ger Jahren, eine neue, 18-jährige Ära eingeleitet. Andere Töne wurden angestimmt: Dialogfähigkeit, nicht Militarismus sollten das Rollenverständnis des neuen Polizeitypus ausmachen. Legendär wurden die sogenannten Diskussionskommandos (übrigens u.a. von dem führenden SDS-Funktionär Peter Gäng und dem späteren Berliner Bürgermeister Walter Momper geschult), die sich unter die Studenten mischten, mit ihnen über die Hintergründe des Vietnamkrieges diskutierten und damit zur Deeskalation beitragen sollten. „Wer diskutiert, wirft nicht mit Steinen" lautete verkürzt das von Hübner ausgegebene Motto. Berlin führte denn auch unter Hübern jene große Polizeireform durch, die Vorbild für die Reformvorhaben in den übrigen Bundesländern werden sollte.

Ausführlich werden auch die Hintergründe für die Häuserkämpfe Anfang der 80'ger Jahre dargelegt und der Nachweis geführt, daß die mit dem Regierungswechsel wieder ausgegebene harte Linie der polizeilichen Lösung zur Eskalation auf der Straße führen mußte. Bedauernd stellen die Autoren anschließend fest, daß die unter der rotgrünen Regierungsverantwortung eingeschlagenen „wichtigen Marksteine auf dem Weg zur Bürgerpolizei" aufgrund der kurzen Amtszeit nicht in dem Umfang greifen konnten, wie sie geplant waren. Zum Abschluß der Untersuchung wird die Situation der Gesamtberliner Polizei nach dem Mauerfall beleuchtet und perspektivisch bewertet.

Ob sich die Berliner Polizei auf dem Weg zur bürgernahen Polizei befindet, haben die Autoren im Untertitel ihrer Abhandlung mit einem Fragezeichen versehen. Die Frage mag sich der Leser selbst beantworten. Die Geschichte der Volkspolizei zwischen 1948 und 1989 konnte bei dieser Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Sie soll nach Auskunft Norbert Steinborns Gegenstand eines gesonderten Forschungsauftrages werden, dessen Finanzierung aber noch nicht gesichert ist.

Norbert Steinborn/Hilmar Krüger
Die Berliner Polizei 1945-1992. Von der Militärreserve im Kalten Krieg auf dem Weg zur bürgernahen Polizei?
Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, Berlin 1993, ISBN: 3-87061-410-2, DM 39,80

Broschüren und Neuerscheinungen

• **Dokumentation zur Antifa-Demo vom 20.3.1993 in Adelebsen (bei Göttingen)**. DM 9,- incl. Porto (nur bei Vorauszahlung). Bezug: Autonome Antifa (M), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen

• **Blickpunkt Rechtsextremismus. Rechtsextremistische Strukturen 1991/92 in den neuen Bundesländern**, erarbeitet von Norbert Madloch, Herausgegeber und Bezug: Bundestagsfraktion der Linken Liste/PDS, Bundeshaus, 5300 Bonn

• **Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit? Eine Kritik an Rainer Zitelmann und Arnulf Baring**, Herausgegeben von der Antirassismusgruppe am FB Geschichtswissenschaft in Verbindung mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung der Freien Universität Berlin. Bezug: AStA der FU Berlin, AusländerInnenreferat, Kibitzweg 23, 1000 Berlin 33

• **Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus**, DinA4, 120 Seiten, DM 10,-. Bezug: Georgi-Dimitroff-Buchladen, Koblenzer Str. 4. 6000 Frankfurt/M.

• **Europa gegen den Rest der Welt. Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik.** Mit einem Vorwort von Liselotte Funke, herausgegeben von Christoph Butterwegge u. Siegfried Jäger, 300 Seiten, DM 30,-. bund-Verlag

• **„Ein feste Burg..." Wie eine Süddeutsche Zeitung das Hohelied der „Festung Europa" singt**, Ingo Loose, 66 Seiten, DM 7,00. Bezug: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1

Antifa-Kalender 1994

Der Antifa-Kalender, der jetzt zum vierten Mal erscheint, ist ein Kalender aus den antifaschistischen Bewegungen für die antifaschistischen Bewegungen und wurde von einer Redaktion aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen erstellt.

Neben den typischen Servicefunktionen eines guten Kalenders bietet der Antifa-Kalender 94 eine Reihe von Texten, die sich inhaltlich mit dem Themenkomplex Rassismus / Faschismus im Zusammenhang mit Parlamentarismuskritik im Wahljahr 1994 auseinandersaetzen, wie z.B. die Frage nach der "Sinnlosigkeit von Verboten", "Selbstverwaltung und Räte -eine Alternative zum Parlamentarismus", "Geschichte der antifaschistischen Komitees in der BRD nach '45" - greift aber auch in diesem Jahr wieder eine Vielfalt an verschiedenen Themen auf, wie: "Neuer oder alter Nationalismus in Deutschland?", "Bedeutung des Internationalismus für den Antifaschismus", "Kriminalisierungsversuche gegen Antifas in der BRD" u.v.m.

Zudem bietet der Serviceteil einen geordneten Überblick über antifaschistische Initiativen und Gruppen, Rechtshilfe- und Demotips, Platz für eigene Adressen, ..., sowie ein immer noch kurz gehaltenes, aber sehr aktuelles Lexikon faschistischer Organisationen und Parteien.

Ab September wird der Kalender in allen linken Buchläden und Infoläden zu kaufen sein. Ansonsten kann der Kalender auch direkt über UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 48155 Münster.

Der Kalender im praktischen Hosentaschenformat hat 256 Seiten und kostet DM 11,50.

Antifa-Gruppen und Wiederverkäufer erhalten Rabatte.

Ein Teil aus dem Erlös geht - wie auch die Jahre zuvor - in die antifaschistische Arbeit der Gruppen, die inhaltlich daran beteiligt waren.

Eichberg beim Kampf um deutsche Professur gescheitert.

Am 7. Juli sollte der theoretische Kopf der sogenannten „Neuen Rechten", Henning Eichberg, an der Universität Stuttgart den Titel eines außerplanmäßigen Professors erhalten. Alles schien bestens bestellt: zwei Gutachten von außerhäusigen Fachvertretern, die Eichberg zum Wissenschaftler schlechthin stilisierten und in pseudowissenschaftlicher aber kleinbürgerlich pingeliger Art die politische Brisanz seiner sportwissenschaftlichen Äußerungen ignorierten. Die bundesdeutschen Sportwissenschaftler nehmen Eichberg immer noch die These ab, daß weiße Menschen schneller seien als farbige, obwohl die Leichtathletik-WM in Stuttgart zum x-ten Male das Gegenteil beweisen konnte. Aber grau ist alle Theorie und Deutschlands Sportwissenschaftler kommen ohne ihren Henning Eichberg nicht ganz aus. Trotz guter Ausgangsbedingungen scheiterte der Antrag von Eichberg in der Senatssitzung der Universität Stuttgart. Er erhielt nur eine Stimme. Studentische FachschaftsvertreterInnen hatten die Ernennung zum Apl.-Prof. an die Öffentlichkeit gebracht. Stuttgarter Nachrichten und Berliner TAZ griffen das Thema in kleineren Artikeln auf. Die Wahl konnte nicht mehr klammheimlich über die Bühne gehen und die Professoren hätten eine Ernennung öffentlich rechtfertigen müssen. Eichberg, der in Stuttgart die venia legendi hat - er muß nach seiner Habilitation an der Universität Veranstaltungen ohne Honorar durchführen - wird weiterhin dort lehren, aber ohne den von ihm so heiß begehrten Titel eines deutschen Professors. (hy)

Konkurrenz zur HNG

Ernst Tag, Führer des „Internationalen Hilfskomitees für nationale politisch Verfolgte und deren Angehörige e.V.", einer Konkurrenzorganisation zur HNG, ruft in einem Werbeschreiben zum Kampf gegen die bundesdeutsche Demokratie auf: „Der legale Kampf auf nationaler Grundlage nimmt innerhalb Deutschlands immer deutlichere Formen an. Es ist davon auszugehen, daß der Mitteldeutsche Funke des legalen Widerstandsrechtes auch auf die trägen und satten Nationalisten Westdeutschlands überspringt und Deutschland im Vorfeld nationaler Erhebungen steht." Auf Aufklebern und Postkarten -mit dem Konterfei von Rudolf Heß- ruft Tag, im Januar 1987 aus der HNG ausgeschlossen, dazu auf, „Keine Toleranz für Abartige und deren Befürworteren" an den Tag zu legen. Mitbegründer des am 20.Juni 1987 ins Leben gerufenen IHV ist der Maschinenarbeiter **Bernd Koch**, schillernste Figur des Neonazi-Netzes von Solingen. A.M.

Wirkungslos

Meinolf Schönborn, Ex-Bundesvorsitzender der „Nationalistischen Front" (NF), dokumentiert, daß publicityträchtige Parteienverbote ohne weitere strafrechtliche Konsequenzen wirkungslos bleiben. Ungehindert kann Schönborn unter alter Adresse, Telefon-u.Faxnummer für seinen „Verlag und Versandhandel" werben. Im Sommerangebot sind u.a. „Keramikfliesen mit Holzrahmen-die ersten 6 Motive mit Köpfen bekannter Deutscher", Ton-u.Musikcassetten wie „Chor der Wiking-Jugend" und „völlig neu": „Modellbausätze von Panzern, Fahrzeugen und Geschützen der Wehrmacht". A.M.

Volksverhetzung

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft hat gegen den Sänger und Texter der Skin-Band „Störkraft", **Jörg Petrisch**, Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Wie die Behörde kürzlich mitteilte, wird dem 24jährigen weiter vorgeworfen, Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen verbreitet zu haben. Petrisch soll zudem bei öffentlichen Auftritten mit dem „Hitler-Gruß" gegrüßt und dem Publikum „Sieg Heil" zugerufen haben. A.M

Österreichische Nazis verurteilt

Der 33-jährige Geschichtsstudent **Günther Reinthaler**, von der "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) als Gaubeauftragter für Oberösterreich und Salzburg eingesetzt wurde zu einer Haftstrafe von vier Jahren, sein Stellvertreter **Jürgen Lipthay**, zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt. Mehrere als Zeugen aufgerufene Neonazis hatten in dem Prozeß aus Angst vor der Organisation die Aussage verweigert.

Der Prozeß gegen **Gottfried Küssel** hingegen wurde vertagt, bis Fernsehaufnahmen der us-amerikanischen Fernsehgesellschaften ABC und CBS dem Gericht vorliegen. In diesen Fernsehaufnahmen hatte sich der bereits siebenmal vorbestrafteKüssel u.a. zur NSDAP/AO bekannt. In dem Verfahren wird ihm vorgeworfen, die VAPO mit dem Ziel gegründet zu haben, Österreichs Selbständigkeit durch nationalsozialistische Betätigung oder durch Putsch zu untergraben. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

Anton Maegerle

Sänger-Wettstreit

Einen Wettbewerb „Modernes deutsches Liedgut", der vom 1.Juli bis 31.12.1993 läuft, veranstaltet die im baden-württembergischen Weissach ansässige „National-Liberale Aktion-NLA e.V. (Bund freiheitlicher Deutscher)" in Kooperation mit ihrer monatlich erscheinenden Postille „Der neue Streiter. Zeitschrift für ein freies Deutschland / unabhängig und volkstreu" (1.Jahrgang).

Der Wettbewerb (1.Preis: DM 500.-) soll „die Entwicklung modernen deutschen Sangesguts als Gegenpol zur übrigen, zumeist amerikanisierten Musikszene fördern". Gefragt sind vor allem „Lieder für und über Deutschland".

Kopf der NLA ist **Frank Schempp**, zugleich verantwortlicher Redakteur des „Streiter", der im eigenen „Eichblatt-Verlag" gedruckt wird. Thematisch bewegt man sich auf sicheren Terrain. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen Rechts-Themen wie Überfremdung deutscher Sprache, Kampf gegen die EG, Eindeutschung von Ostpreußen, Ausländerkriminalität, Altparteien und „Friedensflieger" Heß.

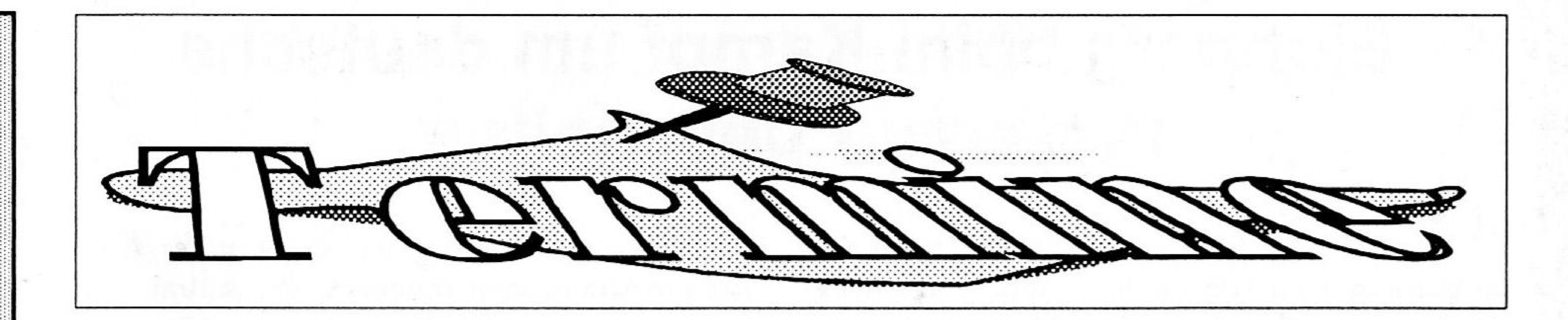
Identisch ist das Postfach des Eichblatt-Verlags mit dem der Adresse der Bundesgeschäftsstelle der ehemaligen „Freiheitlich-Sozialistischen Deutschen Volkspartei" (FSDVP), die enge Kontakte zur „Unabhängigen Arbeiter Partei" (UAP) unterhielt. Geleitet wurde die FSDVP, eine neonazistische Organisation, die u.a. die „Rückführung aller Gastarbeiter in ihre Heimatländer", „Wiedereinführung der Todesstrafe", „sofortige Ächtung der Kollektiv-und Alleinkriegsschuldthesen" und die „Wiederbereinigung des Volkes und Vaterlandes" zunächst in den Grenzen von 1937 und dann in den „historisch begründeten Grenzen von 1918" auf ihre Fahnen geschrieben hatte, von Schempp, zugleich führender Fuktionär des „Arbeitskreises Unabhängiger Deutscher" (AUD; Bundesgeschäftsstelle: Stuttgart).

Die antiamerikanisch ausgerichtete AUD ist so auch die einzige rechtsextreme Gruppe, deren Inserate im „Streiter" zu finden sind: „Sie lesen die Systempresse? Das ist obrigkeitsfreundlich, systemkonform, entlastet den Verfassungsschutz und hilft Demokratie sparen! Wir machen unsere eigene Alternativ-Presse, wollen lesen, was uns bewegt und nicht Wiederkäuer der Systempresse sein." (AUD-Anzeige)

Nach dem Rücktritt Schempps als Bundesvorsitzender der FSDVP im Jahr 1990 übernahm **Michael Wendland** die Partei, die dann in der am 15.Dezember 1990 von ihm gegründeten „Deutschen Sozialistischen Aktionsgemeinschaft" (DSA; Sitz:Leonberg) aufging. Heute agiert der DSA-Führer zugleich als baden-württembergisches NPD-Landesvorstandsmitglied und als NPD-Kreisvorsitzender von Böblingen.

Korrektur

Bei der Bennenung der Kontaktadresse für den Zweiten antirassistischen Ratschlag Thüringen" ist uns ein Fehler unterlaufen. Informationen über den Ratschlag und auch die Antifa Nachrichten Thüringen sind zu erhalten über:
Antifa Nachrichten Thüringen, c/o HBV Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt



Termine

2. Oktober 1993:
Bundesweite Aktion gegen die alljährliche DVU-Großveranstaltung in Passau. Infos über: Antifaschistisches Stadtplenum, c/o BBS, Gottfried-Schäfer-Str. 6, 94032 Passau.

6. November 1993:
Thüringer antirassistischer Aktionstag mit landesweiter Demonstration in Erfurt. Nach der Demonstration um 10.00 Uhr finden zahlreiche Diskussionsforen statt. Themen sind u.a. Flüchtlingsland Deutschland, Staatlicher Rassismus, Rassismus in den Medien, in Parlamenten, in den Schulen, in der Alltagssprache, Antifaschistischer Widerstand - in Vergangenheit und Gegenwart, Deutscher Rassismus im 20. Jahrhundert, Workshop: Analyse faschistischer Propaganda, Neofaschismus/Konservatismus - zwei Seiten einer Medaille, Organisationsdebatte in der Antifa und Kulturworkshops. Zum Abschluß des Ratschlages findet eine Kulturveranstaltung mit der Gruppe „Radieschen" statt. Der Aufruf und weitere Veranstaltungshinweise sind zu beziehen über Antifa Nachrichten Thüringen, c/o HBV Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt.

17.11. - 21.11.93:
Internationales Seminar zum Thema „Antidiskriminierung / Antirassismus" in Freiburg. Informationen können über die Organisatoren bezogen werden: Assoc. des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe (AEGEE), Mijnbouwplein 11, NL-2628 RT Delft

Weitere Termine
für internationale antirassistische Aktivitäten können erfragt werden bei: United for Intercultural Action, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam

19.-21. November 1993
findet in Nürnberg ein Seminar zum breiten Thema **„Neue Rechte"** statt. Beginn ist am Freitag Abend mit einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Thema „Innere Sicherheit - autoritäre Staatsmodelle". Samstag soll es mit sieben Referatsblöcken u.a. zu den Themen „Die Wurzeln der Neuen Rechten", „Heute Position", „Europakonzeptionen der Neuen Rechten", „Frauenbild", „Ökologie" und „Esoterik" weitergehen. Am Sonntag finden anschließend Arbeitsgruppen zu ausgewählten Themen statt.

ReferentInnen: Raimund Hethey, Siegfried Jäger (angefragt), Helmut Schröder, Volkmar Wölk, vier Berliner Frauen, Jutta Ditfurth (angefragt), Andreas Speit.

Teilnahmegebühr: 40,- DM, ermäßigt für Studenten, Arbeitslose, Zivis, Rentner 30,- DM

Anmeldung nach Eingang des Betrages auf Raiffeisenbank Nürnberg, BLZ 760 606 18, Konto-Nr. 390038.

Informationen, sonstige Fragen bitte schriftlich an:

ABIDOZ (Antifaschistisches Bildungs-, Informations und Dokumentationszentrum), Rothenburger Str. 106, 90439 Nürnberg, Tel.: 0911/288946

